

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,40 Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 3. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Um Stresemanns Kopf!

Neue Bürgerblock-Verhandlungen - Angeblich heute endgültige Entscheidung

Im Thormann-Grandel-Prozess herrschte der Vorsitzende einen Zeugen an, er solle aufhören...

Wer die einzelnen Besprechungen der Verhandlungen über die Regierungsabstimmung verfolgt...

Die Parteien der Mitte haben am Sonnabend erklärt, diesmal sei es nun wirklich aus...

Die parlamentarische Konstellation ist gewiß schwierig. Die sozialen Fragen, die hineinspielen...

Es ist vollkommen unerfindlich, warum namentlich das Zentrum der grundsätzlichen Entscheidung...

„Die Linke hat aber ihre Schwäche in sich. Wie passen diese Arbeiter zusammen? Das Zentrum ist durch die Wahlen nur noch mehr linksdemokratisch geworden...“

„Mit diesen linken Kriegserben einer wirklichen deutsch-katholischen Partei eine Reichsregierung bilden? Mit dieser angekränkelten Volkspartei?“

„Ist das nicht auch klar und deutlich genug? Aber weiter: das deutschnationale Organ höhnt über das außenpolitische Programm der Mitte:“

„Anstößig! Man sollte das Adokaten-tumtum vom Programm mit einer hohenrollen Handbewegung vom Tisch streichen.“

Das ist doch deutlich genug, und das offizielle Verlangen der Deutschnationalen nach dem Kurswechsel...

Was kann Herr Dr. Marx von solchen Verhandlungen hoffen? Die Deutschnationalen fordern den Kopf Stresemanns...

politischen Kurswechsels. Es kommt dabei weniger darauf an, wie die Mittelparteien einen solchen Schritt meinen...

Aber wiegt selbst ein solcher taktischer Gewinn den schweren Schaden auf, der durch die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung nach diesen Zwischenfällen verursacht wird...

Wenn heute die Deutschnationalen das überraschendste Entgegenkommen zeigen würden, wenn sie verzichteten, das Programm der Mittelparteien als Adokatenstück mit hohlvoller Handbewegung vom Tische zu streichen...

Zuletzt Taktik hat Herrn Dr. Marx auf einen gefährlichen Weg getrieben. Mit Befremden sieht die demokratische Presse die neuen Verhandlungen:

„Trotzdem wurde man vielfach von dem Gefühl beherrscht, daß Dr. Marx sich von der Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei zu weit treiben lassen und daß der Eindruck erweckt werden könnte, als bestimme eigentlich Dr. Scholz die Verhandlungen über die Kabinettbildung...“

So die „Vossische Zeitung“. Zu diesem Gefühl tritt das andere, daß dieser taktische Zug fast schon ein Nachgeben in der Sache ist. Denn Regierung mit den Deutschnationalen bedeutet Bruch mit der bisherigen Außenpolitik...

Heute müssen endlich die Mittelparteien zum Handeln und zu klarer Entscheidung sich durchzwingen.

Der Handel um Stresemann.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern vormittag zu einer Fraktionsversammlung zusammen...

Reichsbeamtenrat der USPD.

Der Parteivorstand beruft hiermit im Anschluß an den Parteitag die bereits vor den Wahlen vorgesehene, dann aber aus Zweckmäßigkeitsgründen verschobene

Tagung des Reichsbeamtenrats

für Montag, den 16. Juni (evtl. noch folgenden Tag) vormittags 9 Uhr nach Berlin, Preussischer Landtag, Saal 8, ein mit folgender

Tagesordnung:

- 1. Die Partei und der Staat. — Referent: Parteivorstand Hermann Müller. 2. Die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie. — Referent: Geheimrat Dr. Wieprecht. 3. Organisation und Agitation. — Referent: Hermann Wäger.

Neben den Mitgliedern des Reichsbeamtenbeirats sind hierzu die Vertreter unserer Fraktionen in den Landtagen, sowie die im Vordergrund der Beamtenbewegung stehenden Genossen eingeladen.

Außer für die Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats dürfen dem Parteivorstand keine Delegationskosten entstehen. Alle Anfragen, sowie Bestellungen von Quartieren...

gab ein Schreiben des deutschnationalen Parteiführers Hergt an die Deutsche Volkspartei.

In diesem Schreiben wird anerkannt, daß die Möglichkeit von weiteren Verhandlungen besteht. Es handelt sich bei den bevorstehenden Verhandlungen, die in dem Schreiben als möglich bezeichnet werden, um den ganzen Komplex der Fragen, der am Freitag noch nicht für die Deutschnationalen befriedigend gelöst war...

Um 3 Uhr gab die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgende Mitteilung aus:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni wiederholt zu den Gerüchten und Zumutungen Stellung genommen, daß die Fraktion den Parteiführer Außenminister Dr. Stresemann fallen ließe. Sie stellt demgegenüber fest, daß sie und ihre Verhandlungsführer stets an ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen festgehalten haben...“

In einer Beratung der Mittelparteien, die am Montagabend nach den Fraktionsbesprechungen dieser Parteien stattfand, wurde beschlossen, die Deutschnationalen am Dienstag erneut vor die Frage zu stellen, was sie nun eigentlich wollen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem Hergt am Montag in einer Besprechung mit dem bisherigen Reichskanzler Dr. Marx wieder Erklärungen abgegeben hatte...

Mit der Aufgabe, die Deutschnationalen jetzt klipp und klar vor die Frage zu stellen, welche Außenpolitik sie nun eigentlich wollen, ist der Reichskanzler Dr. Marx betraut worden. Spät abends tagten die Deutschnationalen noch über einer Besprechung des Regierungsproblems.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen waren diese durch die Abgeordneten Hergt, Graf Westarp und Schiele vertreten. Während der Besprechung war auch der Landwirtschaftsminister Graf Ranitz zugegen. Es handelte sich dabei wieder um die Person des Herrn Dr. Stresemann sowie um die Zusammenziehung der preussischen Regierung...

In den späten Abendstunden des gestrigen Tages war eine Einigung noch nicht erzielt. Es wurden gewisse Formulierungen vorbereitet, die jedoch von den deutschnationalen Unterhändlern nicht akzeptiert wurden.

Die Demokraten gegen weitere Verhandlungen.

Die Demokratische Reichstagsfraktion sahte am Montag nachmittag folgende Entschlieung:

„Nachdem die Deutschnationale Volkspartei am Freitag öffentlich erklärt hat, daß sie eine Kontinuität der bisherigen Außenpolitik ablehne und eine Ausänderung auf dem Gebiete der Außenpolitik verlange, die zu der zwischen den drei bisherigen Regierungsparteien vereinbarten Plattform in diametraler Gegenlage stehe, fordert die Demokratische Fraktion den Reichskanzler auf, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und zu einer Regierungsbildung zu schreiten...“

Sitzung der Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nach Beendigung der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen. Da die Regierungsbildung noch nicht beendet war, hatte die Fraktion keinen Anlaß, sich mit der Regierungsfrage zu beschäftigen. Infolgedessen erhaltete Genosse Dr. Breitscheid, der soeben aus Paris zurückgekehrt ist und dort mit den maßgebenden Führern der Linksparteien Besprechungen abgehalten hat, einen Bericht über seine Pariser Eindrücke.

Freilassung inhaftierter Abgeordneter.

Parität gegen rechts und links!

Der Reichstag verhandelte am Montag über die vom Geschäftsordnungsausschuss vorgeprüften Anträge auf Haftentlassung von Abgeordneten. Dabei wurde die Haftentlassung beschlossen in den Fällen der Kommunisten Heydemann (gegen Deutschnationale und Völkische), Lademann (durch Hammelfprung gegen Deutschnationale, Völkische und Deutsche Volkspartei), Buchmann, Florin und Schlicht (ohne Widerspruch) und Adasch (gegen Deutschnationale, Völkische und Deutsche Volkspartei). Abgelehnt wurde die Haftentlassung des Kommunisten Urbahns und des Deutschvölkischen Kriebel. Im Ausschuss war zunächst mit einer Mehrheit, zu der auch die Sozialdemokratie gehört hatte, beschlossen worden, den im Hitler-Prozess wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilten Oberstleutnant Kriebel ebenfalls aus der Haft zu entlassen. Als aber heute der Fall des Kommunisten Urbahns im Ausschuss verhandelt wurde, dem vorgeworfen wird, den Hamburger Oktober-Putsch vom vorigen Jahre vorbereitet und mit durchgeführt zu haben — ein Fall, der analog dem Fall Kriebel liegt, nur daß im Fall Urbahns erst die Anklage, aber noch kein Urteil vorliegt —, stimmten die Deutschvölkischen mit den Deutschnationalen gegen die Freilassung von Urbahns.

Das gab dem Genossen Dittmann Anlaß, im Plenum zu beantragen, zuerst über den Fall Urbahns und dann erst über den Fall Kriebel abzustimmen. Unser Redner erklärte, die Sozialdemokratie könne ihre ursprüngliche Haltung im Fall Kriebel nur aufrechterhalten, wenn Parität gegen rechts und links gelte. Dieser Antrag Dittmann wurde gegen Deutschvölkische und Deutschnationale angenommen. Die Abstimmung war namentlich. Die Haftentlassung von Urbahns wurde von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der vierköpfigen Kunze-Gruppe) mit 222 gegen 149 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Darauf wurde, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, auch die Haftentlassung des völkischen Kriebel mit 229 gegen 119 Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt. Vorher hatte noch Frau Golke alias Ruth Fischer ihr Debut gegeben, das in einer blühenden Schimpfrede auf die bürgerlichen Parteien und — die Sozialdemokratie bestand. Sie verdächtigte die Motive unserer Fraktion für ihr Verhalten und zeigte damit, daß sie sich offenbar ärgerte, weil die Partei den Kommunisten in all den Haftentlassungsfällen keine Angriffsflächen bot.

Der Kommunist Roenen stellte für die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Antrag, die Haftentlassung Urbahns nochmals, diesmal getrennt von der Einstellung des Strafverfahrens an die Geschäftsordnungskommission zu verweisen. Damit erklärte sich Genosse Dittmann für die Sozialdemokratie einverstanden. Der Antrag wurde aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Roenen beantragte außerdem die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Genosse Dittmann erinnerte daran, daß im Ausschuss alle Parteien sich verpflichtet hätten, vor der zu erwartenden Erklärung der neuen Reichsregierung und der Diskussion über diese keine Anträge für die Tagesordnung zu stellen mit Ausnahme von Anträgen auf Haftentlassung von Abgeordneten. An dieses auch von ihr und den Kommunisten gegebene Versprechen müsse die Sozialdemokratie sich halten. Sie könne deshalb nicht für den kommunistischen Antrag stimmen.

Da der „Vorwärts“ ihnen aber nachgewiesen hat, wie Frau Golke in einem heftigen Ausfall verriet, daß sie die von ihnen am Eröffnungstage mit so großem Geschrei erhobene Forderung der Freilassung der Gefangenen am Schlusse der zweiten Sitzung bereits völlig vergessen hat, wollten die Kommunisten offenbar das Versäumte jetzt nachholen und scheuten dabei auch vor einem klaren Wortbruch nicht zurück. Die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen wird

die Sozialdemokratische Fraktion übrigens in einem eigenen Amnestiegesetzentwurf vor den Reichstag bringen.

Marxist Ludendorff.

Die um Graefe, Reventlow und Ludendorff sind den wachsenden reinen Bekämpfern des Marxismus als Marxisten verdächtig. Sie haben aus agitatorischen Gründen einen Antrag eingebracht, den Wählertag grundsätzlich aufrechtzuerhalten, und einen weiteren Antrag, der die Neuordnung der Beamtenbesoldung „im Sinne sozialen Ausgleichs“ fordert. Das veranlaßt Max Launbacher in der „Deutschen Zeitung“ zu folgendem Bannstrahl:

„Der Antrag v. Graefe und Genossen bedeutet einen Rückfall von dieser völkisch allein möglichen Forderung in marxistische Gedankenengänge, wie solche auch während des Wahlkampfes selber hier und dort in seiner Partei zu beobachten waren. Wenn der Antrag diese Forderung damit begründet, daß die Mehrarbeit doch nur den Feinden zugute kommen würde, so ist auch diese Begründung falsch. Es kommt eben darauf an, dem deutschen Arbeiter zu sagen, daß seine Mehrarbeit nur ihm selbst und seiner Familie und der Existenzfähigkeit seines Unternehmens zugute kommen darf, daß er also, gerade um dieser Mehrarbeit willen, die Erfüllungspolitik rückwärts abzuweichen muß.“

Der Marxismus ist wirklich ein ganz verurteiltes Gift. Da haben nun Ludendorff und Genossen einen veritablen Putsch gegen den Marxismus gemacht, sind unter der Fahne des Kampfes gegen den Marxismus in den Wahlkampf gezogen — und nun doch vom Bazillus des Marxismus erfaßt. Marxist Ludendorff — das ist bitter.

Republikanische Kundgebungen.

Bund „Reichsbanner“ für Großdeutschland.

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ (Bund republikanischer Frontsoldaten) hielt am Sonntag in Magdeburg, dem Sitz des Hauptvorstandes, eine Bannerweihe ab, zu der sich etwa 10000 Republikaner im Klosterbergpark einfanden. Heller Jubel durchbraute die Luft, als sich unter Janfarenklang die schlichte schwarzrote Fahne entrollte, und ein Wald von Armen reichte sich in die Höhe wie zum Schwur, als der Ruf erkante: „Es lebe die Republik.“ Nach der feierlichen Handlung tagte eine Baukonferenz, die von 287 Orten besetzt war, und in der Reichsminister a. D. Otto Landsberg eine Rede hielt, die schlagartig zeigte, daß das Reichsbanner nicht nur eine Organisation ist, die einen Schutzwall gegen Rechts- und Linksputschisten schaffen will, sondern daß diese Organisation sich höchste Ziele setzt, daß sie die Parole „Großdeutschland“ auf ihre Fahne geschrieben hat. Die klare Scheidung der Geister zeigt: die Stahlhelm, Jungdo, Hakenkreuz, Kleinstaaterei, Kantoneigentum, armes, zerstückeltes und verfallenes Deutschland wie im Dreißigjährigen Kriege, und die Reichsbanner, Kampf um den uralten Traum aller wahren Deutschen, um Einheit und Größe ihres ewig zerrissenen und darum ewig zu schwachen Vaterlandes. Landsberg führte unter anderem folgendes aus:

Als die Erben der 88er Revolution an der Einigung Deutschlands verzweifelten, entstand der Gedanke an ein kleines Deutschland unter Preußens Führung und dem Anschluß Oesterreichs. Der „Nationalverein“ bereitete den Boden vor für die Schaffung des kleindeutschen Einheitsstaates in Form des Bismarckschen Kaiserreiches. Was der Nationalverein für die kleindeutsche Bewegung war, muß das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ für die Vereinigung aller Deutschen einschließlich Deutsch-Oesterreichs in einem zentralen republikanischen Staate sein. Für uns gibt es nur eine Wahl, entweder Großdeutschland oder rechtungsloser Untergang durch Kleinstaaterei und den in ihr täglich kräftiger wuchernden Bürgerkrieg. Die Grenzspähle zwischen Deutschland und Oesterreich sind morsch und faul, völlig sinn-

los aber sind diese Symbole des Partikularismus innerhalb des jetzigen Deutschlands. Die Einzelstaaten sind in einem durch Niederlage, Versailles Vertrag und Ruhrbesetzung zermürbten Deutschland ein willkommenes Werkzeug jenes Teiles von Frankreich, der das Endziel seiner Kriegspolitik in der völligen Zerstörung Deutschlands sieht. Es ist bezeichnend, daß „Tempo“ bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung, die in ihrem Artikel 18 dem Einheitsstaate nur die Wege ebnet, ausrief: „Deutschland ist der einzige Sieger im Weltkrieg, denn der Einheitsstaat war jetzt möglich.“ Heute sind diese Gefahren für das Frankreich Poincarés befeitigt. Der Partikularismus blüht in Deutschland und wird täglich gefährlicher für unsere Existenz. Darum fort mit den sinnlosen und Unheil zugehenden Grenzspählen. Kulturelle Dinge sind Stammesangelegenheiten, aber Staatsinteressen sind deutsche Angelegenheiten. Das verlästerte schwarzrote Banner sei das Symbol der deutschen Einheit und Stärke und der Bund republikanischer Frontsoldaten, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sei der Kern der uns eine bessere Zukunft verhöhnenden großdeutschen Bewegung. Im Reichsbanner möge es keine Preußen, Bayern, Wälder geben, sondern die Worte des Freiherren vom Stein seien unser Schicksal: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.“

Die Ausführungen des Referenten wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Republikanischer Tag in Guben.

Am Sonnabend und Sonntag hatte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Guben, die republikanischen Frontkämpfer der Niederlausitz zu einer Tagung eingeladen. Polizeichef Dr. Schüringer hielt im größten Saal der Stadt einen Vortrag, in dem er die Gefahr schilderte, in der die deutsche Republik sich infolge der bisherigen Gleichgültigkeit der Massen befindet. Am Sonntag fand in Verbindung mit dem Sportfest ein Sportfest mit vorübergehendem Festzug durch die Stadt Guben statt, dessen zahlreiche schwarzrote Fahnen jubelnd von der Bevölkerung begrüßt wurden. Auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft hielt Kamerad Rowat vor der Gausleitung eine wichtige Ansprache, die in begeisterten Ovationen für das Reichsbanner und die Republik ausklang. Nachher fand eine Führerbesprechung familiärer Ortsgruppen der Niederlausitz statt, in der Kamerad Schneider von der Gausleitung das politische Organisationsreferat hielt. Man war mit den Tendenzen und den Richtlinien des Reichsbanner in jeder Weise einverstanden.

Der Mahlsdorfer Fememord.

Gefändnis des deutschnationalen Jugendbündlers.

In der Mahlsdorfer Mordsache hat der am schwersten belastete Hans Liebed geftern vor der Polizei das Geständnis abgelegt, den tödlichen Schuß auf den Schüler Günter Beyer abgegeben zu haben. Die Ermittlungen zur weiteren Klärung der Angelegenheit, insbesondere hinsichtlich der etwaigen Beweggründe der Tat, dauern fort.

Industrie und Reparatur.

Zusammentritt des Pariser Ausschusses.

Paris, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Hotel Astoria ist am Montagmorgen das auf Grund des Sachverständigenrats eingesezte Komitee für die Hypothekenbelastung der deutschen Industrie zu einer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Die deutsche Regierung ist darin durch Staatssekretär Trendelenburg, die deutsche Industrie durch Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie vertreten. Aufgabe des Komitees ist die Vorbereitung der Maßnahmen zur Ausgabe von 5 Milliarden Mark in Obligationen, die durch Eintreibung individueller Hypotheken auf die Unternehmungen der Industrie sichergestellt werden sollen und der Reparationskommission auszubehenden sind. Das Komitee wird insbesondere die Umlegung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Industriegruppen sowie Form und Natur der Hypotheken zu bestimmen haben. Die Obligationen sind mit 5 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu tilgen, so daß die von der deutschen Industrie aufzubringende jährliche Leistung 300 Millionen Mark beträgt.

Buch.

Von Freya Biedermann.

Die Sonne kauft neben dem Zug her über winzige Gärten, die zusammenrauschen zum duftenden Blütenmeer, läuft über grüne, grüne Felder. Weit möchte man die Flügel haben, verschmelzen mit dem schimmernden Horizont. Heut leuchten die Kastanienkerzen so himmelhochjauchzend, überquellen die Fliederbecken von so vielen Farben, lacht gleichend der Goldregen ins blaue hinein.

Der Schloßpark hat laute Teppiche gebreitet; durch Blättergewirr tanzen goldene Glitter; die keine Panke schwagt huschend von fernen Zeiten.

Einen trostlosen Blick senden vergraute Sürge aus dem Keller, gewölbe durchs Gitterfenster. — die von Boh schimmern bei ihrer zierlichen Kirche. Träumen sie von Schmerz und Rechi, von tänzelnden Schritten und abgründigem Herzweh? — In den nidenden Strohhaubischen werden sich die Vögel.

Eine Herde wandelnder Weißbierbäume zieht schweigend vorüber. Bierstimmig singen sie einer toten Geliebten nach: „Blumen und Lieber will ich dir weihn“, streben lechzend dem gegenüberliegenden Biergarten zu.

Hinter den Mauern liegt eine weite, träge Wiese. Keines Menschen Fuß betritt sie. Büsche leuchten wie schneeige und funkelnde Wunder aus ihr empor. Die hohen Gebäude halten den Atem an. Durch die tausende Gitterfenster dringt kein Laut hervor. Blätter spinnen einen Schleier über das anlockende Grau der Wände.

Der Fuß geht durch die hohe steinige Halle des Einlagegebäudes. Dann im Garten. Breite Bäume, liebliche Hecken, frohe Büsche, kleine Wiesen, sie breiten schützende Arme aus vor all dem Sommer, der in den vergitterten Häusern nistet.

Jedes einzelne Herz ist eine abgeschlossene Welt, weich kaum, was dem anderen wohl und wehe tut, kennt nur sich, nur sich, bohrt und müht in seinem namenlosen Leide.

Aber da stehen sie, hinter den kleinen Scheibchen der großen Fenster, strecken verlangende Hände aus, strahlen zu mir herab. Ein Ereignis durchschneidet ihr Leben; nun kommt ja Besuch. „Besuch!“ Das ist jedes einzelnen Sehnsucht. Einmal hören dürfen, was sich draußen ereignet, und Küstern können eindringlich-beschwörend: „Nimm mich mit!“ Der Hoffnung Tür und Tor öffnen: „Ach, ein Mensch ist da, einer von draußen! Nun steht die Welt mit wieder offen!“

Viele merken nicht das Grau der kalten Säle. Sie liegen im Bett, stieren durchs Fenster in die nidenden Zweige, haben verträumtes Lächeln auf den Lippen. Das ist, wenn sie mit ihren bunten Scherben spielen.

Arme, irre Augen glühen mich heiß an. Es schmiegt sich in meine Arme, flüstert wie erlöst von bedrückendem Denken: „Weißt du noch, die erste Seeschlacht vor Helgoland! Wie ich beim Abschied

schrte: „Du kommst ja nicht wieder!“ Alle, alle sind sie ertrunken. Ach, das ist ja nur Buge! Und ich warte doch! Und wenn es noch zehn Jahre sind! Nein, ein Jahr! Ach, bald, bald! Ich kann ja nicht mehr warten! Du nimmst mich ja mit? Ich bin doch so gesund!“ Im leichsten Ton: „Wie sie hier alle lägen, um mich irre zu führen! — Weißt du noch als Kinder, damals, zu Hause, — der Vater und der Entel, und — — —“

Die Worte plätschern, sich überstürzend in eintönigem Tonfall dahin.

Wir gehen auf und ab im langen, sauberen Gang. Wölbungen wie im Kreuzgang eines Klosters. Blauweiße Rittel streichen vorüber, Händedrüsen, Lachen, Fragen.

Kommt ein schönes junges Mädchen an, mairisch mit rosigem Wangen. Aber eine schwere Narbe an der linken Schläfe. „Ich habe mit einem Fenster Unfall gehabt“, erzählt sie mir. „Operation, Sanatorium. Nun bin ich schon drei Jahre hier. Aber wenn ich 21 bin, gehe ich in die Welt. Vorläufig hab ich noch einen Vormund. Ich bin ganz allein auf der Welt. Niemand besucht mich.“ Schwere Tränen rollen aus den Kinderaugen über das süße Gesicht.

Beschäftigt kommt ein verhußtes, pergamenthäutiges Weibchen an, schwenkt die dünnen Armechen. „Guten Tag, meine Künstlerin, mein geliebtes Kind! Ich bin auf einem Seil über den weichen See geritten. 25 Pf. Entree! Wie sie nahher unten lag mit zerfahntem Schädel, dort, die Königin Luise, ja, ich hab die Welt gesehen! Und ich komme in die Kapelle, und da truet einer am Sarge. Aber so ein Schmerz! Und man kann nicht sehen, wer es ist, weil er sich doch umdreht. Das war Wilhelm. Ja, ich bin die Landesmutter! Waisenkinder erziehen, Gutes tun, das mach ich!“

Eine blühende blonde Frau kommt gelassen, überschüttet mich mit ihrer Lebensgeschichte. Höchste Namen und Titel schwirren. „Mein Mann Major, hoher Würdenträger vor Gericht, denken Sie, Freikarten in allen Theatern und Kinos! Drei Kinder und sechs Fingerringe! Wenn er mich nun nicht hört, ich hab mich scheiden! Hier werde ich verrückt! Aber nur Geld schinden! Der Doktor ist nicht so, nein, der ist lieb. Das macht nur der Sanitätsrat!“ — Jemand einer soll ja die Schuld tragen. —

Mensch hat dem Menschen Leides getan. Welten von Liebe sind verschüttet worden. Begraben liegt das Glück.

Eine Glode schrillt. Die freundliche Schwester nötigt zum Gehen. Der Abschied ist herzzerreißend. Anklammern, Schwätzen, Flehen. Die graue Tür schließt sich. Zwischen die Gitter geklemmt folgt mir ein verzerrtes Gesicht mit stieren Blicken, bis mich die Büsche verbergen.

Ich taumle durch die Riesgänge. Süße Luft umschmeichelt mich. Bin ich denn wert, den Frühling zu trinken?

Mechanisch liest mein Auge an der schwarzen Tafel in der Steinhalle: „Augenblichliche Krankenzahl 1003 Frauen, 991 Männer.“

Draußen leuchtet die unberührte, stille Wiese. Trunkene Falter

gaukeln vorüber. Weit spannt sich der Himmel über Gerechte und Ungerechte. Schneeweiß segeln die Wolken, unschuldig, als wäre nichts geschehen.

„Salomons Schwiegertochter.“

Das Stück der Herren Frank und Wilhelm, das die Kammerspiele als Sommergut deklarieren, sollte „Frau Salomon“ heißen. Denn die Schwiegertochter, die die latenten Geschicke ins Rollen bringt, ist nur der Antriebe. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Schwiegermutter, sie ist von den Verfassern frei nach Felix Holländer mit eindringender Psychologie gezeichnet, und sie wird von Alla Grünig mit soviel charakterisierender Hingabe verkörpert, daß ihre eigene die rührselige Unselbstigkeit sehenswert bleibt. Es ist die Tragödie der „jüdischen Mutter“, die alles klug und überlegen anpackt und meistert, aber schließlich doch scheitert, weil etwas Unberechenbares wie die Liebe ins Spiel tritt. Sie hat ihrer Schwester den Bräutigam weggenommen, der, wie es scheint, ins Geschäft eingeheiratet (die Verfasser deden nicht alle Hintergründe auf). Salomon, sonnig, lebensfreudig, büßt in schwerem Ehebruch, Frau Salomon herrscht und regiert in der Ehe wie im Geschäft — eine eiskaltes Geschäftsfrau, die nichts kennt als das Geschäft und ihren abgöttisch geliebten, verkranken Sohn. Die scheinbare Harmonie dieses Familienglücks, das mit heiteren Farben einsetzt, wird jäh erschüttert, als der Sohn eine blonde Wertheim-Angestellte als Braut ins Haus bringt. Frau Salomon haßt die Goite, die ihr ihren Sohn nimmt; sie möchte sie mit Geld abfinden. Aber Schwiegertochter und Schwiegermutter verstehen sich. Die Junge, die den kranken Sohn heiratet, ohne ihn zu lieben, verdrängt die Alte aus dem Geschäft, aus dem Herzen ihres Sohnes und des Mannes. Denn sie ist noch tüchtiger als diese (hier wären für eine lustspielmäßige Behandlung sanftere Ansätze gewesen: die Frauen sind in dem Stück den Männern über und die Rechtjüdin schlägt die jüdische Geschäftsfrau mit zehn Kesseln). In peinlichen und manchmal peinlichen Situationen wird die Handlung oft breit und ermüdend zu Ende geführt. Der Sohn erliegt den inneren Konflikten, aber zuvor ruft er die Mutter zurück. Während er, verhöhnt mit ihr, stirbt, gesteht im Vordergrund die Schwiegertochter dem Vater ihre Liebe, nachdem er ihr die Leiden seiner Ehe offenbart hat.

Emil Lind hatte als Regisseur schweren Stand. Er betraute das in Anlage und Tendenz verfehlte Stück wie — ein Drama von Hauptmann — mit aller naturalistischen Kleinfarerei. Alla Grünig schuf eine Mutter, die manchmal den Hauch tragischer Größe hatte, und stellte ein prachtvoll gerundetes Bild aus dem jüdischen Familienleben hin. Balkentin liest der Schwiegermutterrolle alles Weiche, Resonante und Herzgewinnende. Franziska Kina war das blonde Schicksal, ganz Verstand und Lebensklugheit. Ein paar gute jüdische Charen wurden von Karl Ettinger (Sanitätsrat) und Herrn Kunze gespielt, der seine Reissendenwiese nie zu Ende erzählen konnte.

Die Stuttgarter Sezession eröffnet am 7. Juni ihre zweite Ausstellung (Malerei, Graphik, Plastik), die jeder deutsche Künstler beschicken darf. Letzter Einlieferungsstermin: 2. Juni. Anmeldepapier verschendet Prof. Körber, Kunstgewerbeschule beim Weihenhof, Stuttgart.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ende des Kampfes im Ruhrbergbau.

Bochum, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Zechenverwaltungen haben eine Bestätigung der Verträge, in der sie darauf bestehen, daß bis zum 4. Juni die Anmeldung der Arbeiter erfolgt sein muß, widrigenfalls die Arbeiter als entlassen betrachtet werden.

Am Sonntag haben im Ruhrgebiet von den Bergarbeiterverbänden einberufene Bezirkskonferenzen zu dem Beschluß der Bochumer Revierkonferenzen Stellung genommen. In 12 Orten des Ruhrreviers fanden große Funktionärskonferenzen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die von etwa 3000 bis 4000 Funktionären, Betriebsräten und Vertrauensmännern besucht waren. In allen Konferenzen sprachen Vertreter der Organisationsleitung über den brandierten Kampf. Sie begründeten die Taktik der Organisation mit dem Beschluß der Revierkonferenzen vom 30. Mai über die Ablehnung eines Streiks. Mit überwältigender Mehrheit stellten sich die Funktionäre hinter die Ausführungen der Referenten. In den meisten der Konferenzen wurden Entschlüsse gefasst, die die Ablehnung der Streikparole durch die Revierkonferenzen vom 30. Mai wurde aufzuheben.

Im Dortmunder, Bochumer, Essener, Weisenkirchener, Duisburger und Neudorfer Bezirk erfolgte am Montagmorgen die Arbeitsaufnahme im allgemeinen ohne Störung. Dem Ruf der Kommunisten, mit Frauen und Kindern die Arbeitsaufnahme mit allen Mitteln zu verhindern, wurde nur in einzelnen Gruppen Folge geleistet. Meldungen über Aufhebungen liegen im Bezirk nicht vor. Insgesamt sind über 85 Proz. der Belegschaften zur Frühsschicht angefahren. Auffallend ist, daß im Revier Duisburg, wo die Kommunisten am stärksten vertreten sind, die Zahl der Arbeitenden mit 98,32 Proz. der Gesamtbelegschaft dieses Reviers am größten war.

An der Realität der Dinge wird die falsche kommunistische Theorie der Fäulnis immer wieder scheitern.

Größtenteils ausständig waren noch die Belegschaften der Zechen Westfalen, Janso, Biergard 111, Emser-Lippe, Sachsen, Niederrhein und Waldour.

Sucht der Zechenverband neuen Streit?

Bochum, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anregung des Zechenverbandes wurde den Betriebsräten von den Zechenverwaltungen mitgeteilt, daß sie als Betriebsräte nicht mehr anerkannt werden könnten. Das Arbeitsverhältnis sei durch die Aussperrung unterbrochen. Die Belegschaft sei deshalb als neu angelegt zu betrachten. Das treffe auch für die Betriebsräte zu, deren Mandate daher erloschen seien. Der Bergarbeiterverband wandte sich deshalb telegraphisch an das Reichsarbeitsministerium. Dieses teilte mit, es vertritt die Auffassung, daß eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht vorliegt. Reueaktion der Betriebsräte lägen deshalb nicht in Frage. Diese Mitteilung wurde vom Reichsarbeitsministerium auch dem Zechenverband gemacht.

Der Bergarbeiterstreik in Sachsen beendet.

Aus Dresden meldet BZ: Nachdem von den streikenden Bergarbeitern im Steinlocherwerk Ganderode bereits am Freitag ein Teil die Arbeit wieder aufgenommen hatte, beschloß ein weiterer Teil der Belegschaft, gefolgt diesem Beispiel zu folgen, so daß auf den staatlichen Gruben Sachsens die Streikbewegung als erloschen angesehen werden kann.

Streik der Berliner Asphaltwerke.

Am Freitag, 30. Mai, fanden erneut Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Nach längerer Verhandlung erklärten sich die Unternehmer bereit, ihr Angebot von 5 auf 7 Pf. zu erhöhen. Die Arbeitnehmervertreter lehnten dies ab und waren bereit, von 65 auf 60 Pf. pro Stunde herunterzugeben; schließlich erhöhten die Arbeitgeber ihr Angebot auf 58 Pf. Stundenlohn ab 30. Mai. Der Bericht der Fachgruppenleitung wurde abends von der Arbeiterschaft mit Erbitterung entgegengenommen. In geheimer Abstimmung wurde das Angebot der Arbeitgeber fast einstimmig abgelehnt. Daraufhin wurde gestern nochmals mit den Unternehmern verhandelt. Beider haben diese ihre Stellungnahme nicht geändert, sondern telephonisch den Bescheid gegeben, daß sie von ihrem Beschluß, 58 Pf. als Grundlohn ab 30. Mai zu zahlen, nicht abgehen. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Arbeitnehmer am Montagabend hat daraufhin mit der Fünftel Majorität beschlossen: „Dienstags früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.“

Um 10 Uhr haben sich sämtliche Asphaltarbeiter im Gewerkschaftshaus einzufinden. Die Fachgruppenleitung.

Aussperrung in der Kachelofenindustrie.

In der Kachelofenindustrie sind schwere Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgebrochen. Die am 2. Mai abgeschlossene Lohnvereinbarung mit 48 Pf. pro Stunde konnte den Arbeitnehmern nicht genügen. Sie verlangten den Friedenslohn von 70 Pf. und begründeten diese Forderung damit, daß in anderen Industriezweigen die Friedenslöhne längst gezahlt werden, und daß auch in anderen Landesteilen wie Sachsen, Thüringen, ja selbst in Süddeutschland für Ofenformier höhere Löhne (63 Pf.) gezahlt würden. Der Bezirk 1 des Kachelofen-Fabrikantenvorbandes, umfassend die Provinz Brandenburg, Pommern und Mecklenburg, lehnte diese Forderung ab, und erklärte bei den Verhandlungen durch seinen Verhandlungsadvisus, nur 10 Proz. Lohnzulage bewilligen zu können. Der alte Vahnenführer, für die Kachelofenindustrie seien Löhne von 70 Pf. untragbar, mußte wieder herhalten, um die Forderung der Ofenformier abzulehnen.

Bei den Ofenformern in Berlin, die seit zwei Jahren fast ununterbrochen verlorzt gearbeitet hatten, machte

sich eine tiefgehende Empörung geltend. Die Ofenformier legten nach reiflichen Verhandlungen die Arbeit geschlossen nieder. Die Verhandlungen über die Hilfsarbeiterlöhne zerfielen sich ebenfalls. Den Hilfsarbeitern wollte man nebenbei noch die neunwöchige Arbeitszeit aufzwingen. Es kam deswegen in Berlin am 28. Mai zu einem Streik. Die Transportarbeiter beschloßen am Sonntag aus ähnlichen Gründen, die Arbeit niederzulegen. Am 30. Mai waren die Ofenfabrikanten des Bezirks 1 wiederum in Berlin versammelt, und beschloßen die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in den Ofenfabriken der Provinzen Brandenburg, Pommern und Mecklenburg. Da die Organisation der Ofenfabrikanten seit jeher sehr stark gewesen ist, ist nicht daran zu zweifeln, daß die Aussperrung erfolgt. Die bisherigen Meldungen im Baugewerksbund, der zuständigen Organisation, haben ergeben, daß in allen Orten, wo Meldungen vorliegen, entweder die Aussperrung schon perfekt ist, oder nach Beendigung der durchaus notwendigen Arbeiten in ein paar Tagen erfolgen wird.

Eine Töpferkonferenz am 1. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus hat sich dieser Sachlage beschäftigt und kam zu dem einstimmigen Beschluß, daß die Ofenformier in ihrem schweren Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen seien, und daß erst, die anderen verwandten Töpfergruppen Extrabeiträge bis zu 20 Proz. von ihrem Verdienst leisten werden. Die Arbeitnehmerschaft rechnet nach aller Erfahrung mit einem Kampf, der sich wie im Jahre 1903 ein halbes Jahr hinziehen kann. Der Gemeindevorstand in Berlin hat einstimmig beschlossen, beim Schlichter der Provinz Brandenburg vorstellig zu werden, um zu versuchen, die Gegensätze zu überbrücken. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in nächster Zeit ein Schlichter vom Schlichter der Provinz Brandenburg zusammenberufen werden, um die drohende Aussperrung über ganz Deutschland zu verhindern.

Die Parteimitglieder allerorts werden um Abbruch dieses Beschlusses gebeten.

Der KfV-Bund zur Personalabbaueverordnung.

Vom KfV-Bund wird uns geschrieben: Der Behördenauschuss des KfV-Bundes verlangt in einer Eingabe an das zuständige Reichsministerium, unbeschadet der Forderung auf Aufhebung der gesamten Personalabbaueverordnung, daß die durch die Verordnung außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes wieder hergestellt werden. Das Reichsfinanzministerium wird sich dieser Forderung nicht verziehen können. Von dem Abbau sind die Angestellten besonders betroffen worden. Durch das Kucherkräftigen der vorerwähnten Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes haben sie keine Möglichkeit gehabt, sich vor ungedachten Maßnahmen zu schützen. Den Beamten ist das Recht der Weisung durch Einsetzung besonderer Schiedsstellen gegeben worden. Man kann nicht auf der einen Seite einer Gruppe von Arbeitnehmern ein Recht einräumen und der anderen Gruppe ein schon bestehendes Recht auf die Dauer beschneiden. Der Reichsfinanzminister hat jetzt das Wort.

Das Rundschreiben des BVMZ.

Der Verband Berliner Metallindustrieller schickt uns zu der Erörterung eines Rundschreibens vom 17. Mai in Nr. 251 des „Vorwärts“ unter der Aufschrift: „Verhinderung an freiwilliger Arbeit“ eine prägnante Berichtigung. In der Wiedergabe des Rundschreibens ist ein fälschlicherweise Druckfehler enthalten. Aus dem zweiten Teil des Rundschreibens, der die Einstellung und Rückfragen

betrifft, hatten wir unter c folgende uns vorliegende Fassung wiedergegeben:

„Erteilt die Betriebsfirma, bei der er wegen der Einstellung Rückfrage erhalten wird, ihre Zustimmung nicht, so darf die Einstellung nicht erfolgen. Hierbei weisen wir noch ausdrücklich darauf hin, daß die Genehmigung zur Einstellung nur dann erteilt werden darf, wenn die Firma, bei der ein Arbeiter noch am 23. März 1924 ausgeschieden ist, diesen Arbeiter zu den alten Arbeitsbedingungen wieder einstellen will. In anderen Fällen muß die Genehmigung zur Einstellung erteilt werden.“

Der BVMZ erklärt, in seinem Rundschreiben — das uns nur in Abdruck, nicht im Original vorlag — steht statt des unterstrichenen Wortes „erteilt“ das Wort „verweigert“. Daraus stützt sich die folgende Berichtigung:

1. Unrichtig ist, daß der BVMZ auf seine Mitgliedsfirmen irgendeinen Einfluß nach der Richtung hin ausübe, die Genehmigung zur Einstellung ausgeschiedener Arbeiter bei einem anderen BVMZ-Betriebe zu verweigern. Nichtig ist vielmehr, daß diese Genehmigung grundsätzlich erteilt werden muß und nur verweigert werden darf, wenn der alte Arbeitgeber bereit ist, den betreffenden Arbeitnehmer zu den alten Bedingungen bei sich weiter zu beschäftigen.

2. Unrichtig ist, daß diese Maßnahme des BVMZ „für die Erwerbslosenfürsorge stark beäufend sei“. Von der „Sperrung“ werden lediglich solche Arbeiter betroffen, die selbst ihre Entlassung genommen haben. Solche Arbeiter haben aber während 6 Wochen ihrer Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

3. Unrichtig ist, daß der BVMZ, sich das Recht annehme, den Arbeitern die Arbeit in den von ihm kontrollierten Betrieben zu verweigern, denn wie sich aus dem oben richtig wiedergegebenen Wortlaut des Rundschreibens ergibt, darf der frühere Arbeitgeber die Genehmigung zur Einstellung eines bei ihm ausgeschiedenen Arbeiters nur dann verweigern, wenn er selbst bereit ist, den Arbeiter zu den alten Bedingungen weiter zu beschäftigen. Dem Arbeiter ist also in jedem Falle ein Arbeitsplatz gesichert, entweder bei dem neuen oder bei dem alten Arbeitgeber.

4. Unrichtig ist schließlich, aus dem gleichen Grund, daß durch diese Maßnahme „einzelne Arbeiter, die einmal gegen den BVMZ-Stachel geläut haben, von diesem dafür einfach zum langsamen Hungertode verurteilt werden“. Denn jedem, von der Maßnahme des BVMZ betroffenen Arbeiter, ist, wie schon unter 3 gesagt, in jedem Falle Arbeitsgelegenheit gesichert, entweder bei dem neuen Arbeitgeber oder, wenn bei dem alten Arbeitgeber die Zustimmung zur Einstellung dafelbst verweigert, bei dem alten Arbeitgeber.“

Der BVMZ hat in einem Rundschreiben unter „1. Prüfung der Papiere“ zusammenfassend gesagt und besonders hervorgehoben:

„Geht aus den Papieren eines Arbeiters nicht lückenlos hervor, ob bzw. bei welchen Firmen er in der Zeit vom 23. März 1924 bis zu dem Tage, an dem er sich zur Einstellung meldet, gearbeitet hat, so muß die Einstellung unbedingt unterbleiben.“

Erst wenn sich bei sorgfältiger Prüfung der Papiere ergeben hat, daß der sich zur Einstellung meldende Arbeiter seine letzten Beschäftigungsstellen lückenlos nachweisen kann, so kann seine Einstellung ohne weiteres erfolgen, wenn er erstens seit dem 23. März 1924 ausschließlich bei Nichtverbandsfirmen gearbeitet hat, oder zweitens arbeitslos war, oder drittens mit Unterbrechungen bei Nichtverbandsfirmen tätig und in den Zwischenzeiten arbeitslos war. War er aber zuletzt oder nach dem 23. April erteilt die Betriebsfirma, bei der wegen der Einstellung nur erfolgen, wenn die betreffende Firma die Genehmigung dazu erteilt. Erteilt die Betriebsfirma, bei der wegen der Einstellung Rückfrage gehalten wird, ihre Zustimmung nicht, so darf die Einstellung nicht erfolgen. Da jedoch die Genehmigung zur Beschäftigung in einem anderen BVMZ-Betriebe von der früheren Arbeitgeberin nur dann verweigert werden darf, wenn sie selber den betreffenden Arbeiter wieder einstellen will — zu den alten Arbeitsbedingungen, ist unsere Kritik gegenstandslos, soweit sie auf dem Fehler in der uns zugestellten Abschrift beruht.

Der Zweck des Rundschreibens liegt also lediglich im Auge der Lohnpolitik des BVMZ, durch Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter innerhalb der BVMZ-Betriebe, den Arbeitern den Ausweg zu verweigern, durch Kündigung des alten und Eingehen eines neuen Arbeitsverhältnisses in BVMZ-Betrieben günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Für die Arbeiter ergibt sich daraus der dringende Schluß, daß sie ohne ihre Organisation günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erreichen können.

Metallarbeiter der BVMZ-Betriebe.

Die Geltungsdauer des Rahmenvertrages für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Berliner Metallindustrie vom 23. August 1922 wird bis zum 5. Oktober 1924 einschließlich verlängert.

Niederlage der Kommunisten.

In der gestrigen Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter wurde die Verwaltung Ziska-Urich gegen 67 Stimmen wiedergewählt.

Aus Saloniki war der Presse berichtet worden, daß 37 ausgesperrte Tabakarbeiter getötet und drei Soldaten verwundet wurden. Die griechische Regierung beilegte sich, durch die Agence d'Athènes versichern zu lassen, daß die Botschaften über blutige Streikunruhen in Saloniki jeder Begründung entbehrten. Gelegenheit einer Manifestation der Tabakarbeiter gegen die Aussperrung sei es zu einigen unbedeutenden Zwischenfällen gekommen. Die Regierung sei bemüht, den Streit beizulegen. — Zu der ersten Meldung hatten wir bemerkt, es gebe da unten „noch etwas tüchtig“ zu. In den Kreisen der Türken in Berlin wurde diese Bemerkung wütend aufgefaßt und uns über genommen um so mehr, als die Türkei u. a. auch Saloniki an Griechen land abtreten mußte. Die Befürchtung vor weiteren Verwicklungen, hält uns ab, zu sagen, daß uns das griechische Dementi etwas spanisch vorkomme.

Ein Streik der Opernsänger und Schauspieler in New York ist infolge der Weigerung der Theaterdirektoren entstanden, sich vertraglich zu verpflichten, nur Mitglieder der Schauspielerorganisation zu engagieren. Diese von Organisationsbewußtsein getragene Haltung der New Yorker Bühnengehörigen nicht besonders vorteilhaft von dem Verhalten der verbandsuntrauen Chor- und Balletmitglieder der Berliner Staatsoper ab.

Zentralverband der Schuhmacher. Allgemeine Mitgliederversammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Königsbahn“, Große Franzosenstraße 117. 1. Der Verbandsrat in Berlin und Beschlüsse zur Delegiertenwahl. 2. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz des Bezirks 6. Dagegen Mitgliedsbuch kein Eintritt. Die Ortsvereine.

Verrein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Am Donnerstag, den 5. Juni, nachm. 5½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung, Beschlußfassung 1. über eine eventuelle Annahme, 2. über die Verträge vom 22. April 1924 Verhandlung in Hamburg, 3. über die Veranstaltung eines Stützungsstreiks. — In dieser Generalversammlung haben außer den Delegierten die Vertreter gemäß § 4, Abs. 1 und die Vertreter der Betriebe gemäß § 4, Abs. 2 teilgenommen. — Ohne Legitimation keine Einlass. Der Vorstand.

Seccantmentlich für Politik: Ernst Reuter, Wirtschaft: Kurt Lotzmann, Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Götze, Funktion: Dr. John Schloß, Politik und Sozialismus: Fritz Kahlert, Wissenschaft: Th. Stöcker, Amtlich in Berlin, Beschlüsse: Friedrich Götze, u. a. b. d. Berlin. Druck: Vertriebs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 68., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Die nächste Klasse findet am 7. Juni statt. In dieser Klasse kommen 9000 Gewinne im Gesamtwert von fast 17 Millionen Rentenmark zur Auszahlung. Höchstgewinn 100000 Rentenmark. Lose zu haben bei den staatlichen Lotterieverkäufern.

Koch & Seeland

bringen die größte Auswahl - blühtige Preise

Gabardine „Imprägniert“ 8.- 10.-

für Damen- u. Herren-Mäntel Mr.

Manchester-Loden „wasser-

dicht“, für Sport, Jagd usw., Mr. 6.- 8.-

Sertrawattenstr. 20/21 gegenüber

Pastirkirche

Sophien-Säle Telephone: Norden 9296

Säle frei! Sophienstr. 18

DUNLOP Vollgummi-Reifen

■ für Last-Kraftwagen ■

sind ebenbürtig in Konstruktion und Haltbarkeit den

DUNLOP CORD-Reifen für Fahrräder und Automoble

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Auf Berliner Bahnhöfen.

Nur die Stadtbahnhöfe gehören dem Berliner ganz. Die anderen sind Kolonien der Provinz, und es gibt Stunden auf dem Stettiner Bahnhof, da glaubt man sich in Rostock und Hinterpommern zu befinden. Da ist bis auf den Schaffner alles provinziell. Die rötlichen Gefächter, die Sprache mit dem schneidenden „r“ und der schließende Schritt! Wir gehen durch die Stadt und streifen flüchtig die mächtigen Hallen. Alles grau in grau. Farblos, unschön und ohne jeden Willen zu Harmonie und heimatischem Klang. Die Nüchternheit unserer Bahnhöfe macht uns so leicht keine Stadt noch.

Schlesischer Bahnhof.

Zwischen Weisfarnen und Absteigequartieren hoch dumpf und schwer der Schlesische Bahnhof. Donnernd rollen die Züge in das Halbdunkel des gewaltigen Baus. Ohne Unterbrechung schüttert die Stadtbahn Menschenkraft auf die Perrons. Arbeiter, Arbeiter und wieder Arbeiter. Sie tragen das Bild der Rot im Angesicht, das Bild der Enge und manchmal blüht aus den Augen etwas wie Sehnsucht und — Haß. Nicht einmal die „schöne“ Stenotypistin duldet das Grau der Hallen. Ein Bahnhof des Proletariats. Irigendwo ist eine Tür, da steht auf schmaler Puppe: Durchwandererkaal. Hier lauert das Gend in Gestalt von Frauen und Kindern, von Greisen und jungen müden Männern. Und ein ungewisses, unausweichbares Schicksal schwebt über den — Heimalosen. Dann und wann kontrolliert ein Grüner. Dann und wann kann sich jemand nicht ausweisen, und das ist hier so gleichgültig — so gleichgültig, weil es ein Stadium der Rot gibt, wo nichts Ernstliches mehr geschehen kann. — Einem spannenden Raubtier gleich liegt der Schnellzug Berlin-Köln auf den Schienen. In den Gängen schieben sich die Reisenden. Dünner Rauch schlingelt sich aus der Esse des Speisewagens. Noch eine Minute, der Beamte winkt und plötzlich gleiten die Wagen dahin. Ueber ein Stündchen, da fliegt man zwischen Frühlingswiesen und leuchtendem Wald. Das Grau der Stadt ist vergessen. Man leigt sich an weiße Tischchen und ißt gebratene Forellen. — Vielleicht bestellt zur selben Stunde im Durchwandererkaal des Schlesischen Bahnhofs jemand eine Tasse Milchkafee und schaut vor hundert sehnsüchtigen Augen.

Anhalter und Potsdamer Bahnhof.

Einen ganz anderen Charakter trägt der Anhalter Bahnhof. Hier kaufen nur Fernzüge ein und aus: Dresden, Leipzig, Halle, München. Hauptächlich weht sächsishe Luft; und weil der Sachse und was um ihn kreist in der fremden Stadt immer ängstlich ist, ist der Anhalter Bahnhof eine hochgradig nervöse Angelegenheit. — Ein Zug drauß in die Halle. Regenschirme mit sächsischen Tanten und solchen, die so aussehen, stoßern aus weitgeöffneten Coupsés. An der Sperre schimmert Seligkeit. Klärchen! Ree is das 'ne Freedel! — Bärd'n! Se nich so mit Ihn efelischen Ruffer. Sie aber großer Bibsch Sie. — Dieser Anhalter Bahnhof, der nebenbei einen recht hübschen Eindruck macht, ist ganz ohne Tragik und sieht des Nachts so rissig aus, wie eine große Loehnhalle. — George Grosz hält sich dicht am Potsdamer Bahnhof eine Ausstellung seiner Karikaturen. Die Originale dazu darf der Republikaner nach Einfahrt jedes Potsdamer Zuges kostenlos und schmunzelnd besichtigen. Was sich da an Specknaden und Monodels und sonstigen Frahen durch die Sperre schiebt, muß man sich ansehen; wer es übersteht, ist seelig. Verhältnißlich wirkt dieser Bahnhof nur, wenn Werber blüht und die jungen Mädchen weiße Kleider tragen und Blüten in den Händen schwingen, oder wenn ein Zug aus dem Herz andraußt und Menschen auspuckt, die nach Lannengrün und Bergesfreiheit dufter, oder wenn man daran denkt, daß nebenan die Stadtbahn ungefährt Männer und Frauen der Arbeit birgt.

Lehrer und Stettiner Bahnhof.

Betriebsamkeit ist eine schöne Sache, besonders dann, wenn man daneben stehen darf. „Betrieb“, Tempo, donnernder Rhythmus, die den Lehrer und den Stettiner Bahnhof umrahmen. Zug an Zug donnert unter das Glasdach des Lehrers Bahnhof. Meistens sind es wieder die Stadtbahnen, die hier bis in die tiefste Nacht dem Ungetüm Großstadt wie dickes Blut durch die Adern rollen. Neben dem Arbeiter stehen in dieser Gegend der „Herr“ und die „Dame“ mit dem Schöpfungshücheln; denn der tanzende, amiesende Westen ist nah. Manchmal faucht auch unben auf den Gleisen der Fernbahn ein Hamburger Zug heran. Die Straße zwischen zwei Nebenstädten beherbergt allerlei Menschen und es ist schwer, hier zu typisieren. Nur wer genau hinhört, wird

gewahrt, daß der Kaufmann vorherrscht. Und wer noch genauer hinhört, freut sich, wie schön und wie oft die Hamburger Deerns das Wörtchen „anständig“ sagen. Ich war noch nicht in Hamburg, aber ich denke mir, dort wird die Tugend wie frischer Kaffee eingekauft und exportiert. Wer kann es wissen, aber es ist möglich, daß es nicht „anständig“ ist, sich in später Abendstunde auf den



Bahnhöfen herumzutreiben. Deshalb und nur deshalb gehen wir nun nach Hause. Wir kommen am Stettiner vorbei, dem Einfallsort der Hinterpommern und dem Start des Berliners, wenn er an hellen Sommertagen zur schönen Insel Rügen reist.

Einstweilen sieht die Sache einigermaßen prosaischer aus, und die Straßenmädchen frösteln, die im Regen warten.

Güterbeförderung durch Flugzeuge.

Der auf den Flugdienstlinien des Deutschen Aero-Flod neben der Passagierbeförderung seit jeher auch eingerichtete Güterverkehr gewinnt seit der Eröffnung der diesjährigen Flugaison von Tag zu Tag mehr und mehr an Ausdehnung. Angefichts der Tatsache, daß z. B. die Flugzeit der Strecke Berlin-London einschließlich der Zwischenlandungsaufenthalte nur etwa 7 1/2 Stunden beträgt, ergibt sich ohne weiteres die außerordentliche Bedeutung des Flugzeuges für die Beförderung besonders hochwertiger, eiligt zu verkehrender Güter. Neuerdings hat u. a., wie der Deutsche Aero-Flod meldet, auch ein reger Blumenexport aus Holland auf dem Luftwege eingeführt. So bringt der tägliche Luftexpressdienst Amsterdam-Berlin große Mengen kostbarer Blumen, von denen in einem Flugzeug eine Menge bis zu 300 Kilogramm untergebracht werden kann, für eine Reihe der größten Berliner Blumenfirmen mit. Da das Flugzeug in Amsterdam erst gegen Mittag aufsteigt und in Berlin-Staaken gegen 5 1/2 Uhr eintrifft, können Blumen, die noch vormittags in holländischen Gärten standen, bereits am selben Abend in Berlin ihre zweckentsprechende Verwendung finden. — Hoffentlich gibt es noch andere Güter, die aus dem Ausland nach Deutschland eingeführt werden als gerade eine „große Menge kostbarer Blumen“, also reine Luxusartikel.

Auf dem Kreuzberg.

Das ist verführend, daß zwischen den unendlichen Häusermeeren der Städte grüne Inseln sind. Ein lauschiger Park, ein Blumenhain mit Bänken darin, Strickstrumpffrauen und Kinderchen, die im Sande spielen. Ein Stückchen Erde, wo die Haß aufhört und das Gezerre der Welt, wo Bäterchen in die Sonne blinzeln und Pärchen sich dies und das ansehen. Berlin hat sein Treptow, seinen Schillerpark, seinen Humboldt- und Friedrichshain, aber das Jewel ist der Kreuzberg. Wenn das auch bloß die Leute aus SW. und drum herum wissen, es ist ja

Ehe ich mich in den „Strudel der Stadt“ werfe, schlendere ich des Morgens in aller Frühe ein wenig zwischen den leuchtenden Fliederbüschen, den Blumenwiesen und dem jüdelnd-grünen Baugewald. Setze mich auf eine verzwiegene Bank und fühle die ganze Molligkeit dieses so-da-Sitzens; etwas Speierisches ist darin, etwas Kleinbürgerliches und etwas Sieghaft-Frohes. Weiß der Teufel warum, es ist so, etwas Speierisches, und viel Sieghaft-Frohes. Die Zeitung entfaltet sich, wird entfaltet. Um diese Zeit mag ich nur Feuilleton, Politik für die langweilige Berliner Straßenbahn, Nordprophet für still-stürmische Derisiven. „Muß halt alles sei Ordnung ham!“

Inzwischen ruft die „Pflicht“. Noch ein Schlenbergang auf die Höhe. Hinauntergeschaut. Dächer, Kringelrauch und so. Schön? — na ja. Man entdeckt sich beim innerlichen Schmunzeln. Der Weg biegt um einen weiten Wiesenplan. Schräg hingelagt. Oben eine einsame Birke. Sinnbild der Kraft, schauerlich-schön: wenn schwer-schwarze Gewitterwolken nur Fegen Sonne hindurchlassen und ein Wind durch die Blätter fäht. Ein Gewässer mit Quakenten und ein Bild in kistliche Felsenkluchten mit Bergesquell — der Abschied. Dann ist man auf der Straße und denkt: „ein Künstler, der das schuf“.

Um Mitternacht nach Hause. Die Strickstrumpffrauen und die Kinderchen, die im Sande spielen, sind nicht mehr da. Auch die Bäterchen nicht, die in die Sonne blinzeln — nur die Pärchen, die sich dies und das ansehen. Auf jeder Bank die zwei: Kater und Käthen, Schmag und Schmäpchen und immer weiter so.

Zum Kampf um Pausen.

Heute soll die Stadtvorordnetenversammlung in geheimer Sitzung über den Magistratsabbau beschließen. Sie wird dabei auch Stellung nehmen müssen zu dem skandalösen Vorschlag, trotz der als notwendig erkannten Beibehaltung der Stadtschulratsstelle ihren jetzigen Inhaber Pausen abzubauen. Wie man selbst in bürgerlichen Kreisen — bei denjenigen Demokraten, die noch etwas auf sich halten — über diese „Lösung“ denkt, lehrt eine Zuskrikt, die der „Vossischen Zeitung“ aus führenden Kreisen der demokratischen Partei zugegangen ist. Sie lautet:

„Als man an den Abbau im Berliner Magistrat heranging, wurde erklärt, man wolle die Stelle des Stadtschulrats, die entscheidend sei, aufheben und durch einen Stadtrat im Nebenamt die Schulangelegenheiten im Magistrat vertreten lassen. Aber die öffentliche Meinung hat sich überall geragt: Lehrervereine, Elternorganisationen, die stets schulfreundliche Presse der Linken — darunter an führender Stelle die „Vossische Zeitung“ — bewiesen den Stadtvorordneten, daß Berlins ganzes Ansehen in kultureller Hinsicht gefährdet sei, wenn man die hauptamtliche einheitliche Schulverwaltung einem reinen Sparwunsche opfern würde. Der Ausschuß verzichtete daraufhin auf den Abbau der Stelle Pausens.“

Nun aber soll unter Führung des Herrn von Cynern der Mann abgebaut werden statt der Stelle. Das wäre der Bruch mit den bisherigen Grundhätzen des Personalabbaues in Groß-Berlin. Die Rechte würde mit der Beschreitung dieses Weges beweisen, daß sie bemüht gegen die Bestimmungen der Abbauperordnung verstoßt, die von der Personalauswahl handelt. Es heißt nämlich dort, daß für die Auswahl der Abzubauenenden der Wert ihrer dienstlichen Leistung für den Staat bzw. die Stadt entscheiden mächte, und daß die Auswahl „meist durch die politische oder konfessionelle Betätigung oder durch die Betätigung in Berufsvereinen, noch durch die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein beeinflusst werden“ darf. Seit Jahren

Putois.

Von Anatole France.

„Joé, alles was auf der Welt lebt, ist zum Leiden bestimmt. Vergebens lehnten unsere Eltern diese entsetzlichen Einladungen ab. Der Wagen der Frau Cornouiller stand jeden Sonntag mit unerbittlicher Pünktlichkeit vor ihrer Tür, um sie abzuholen. Es half nichts; man mußte nach Nonplaisir fahren, das war eine Pflicht, der man sich absolut nicht entziehen konnte. Es war einmal die festgesetzte Ordnung, die nur durch einen Gewaltstreik durchbrochen werden konnte. Endlich empörte sich mein Vater und schwur, daß er niemals wieder der Einladung der Frau Cornouiller Folge leisten werde. Er überließ es meiner Mutter, einen passenden Vorwand und allerlei Gründe für die Ablehnung ausfindig zu machen. Aber gerade dazu war sie am wenigsten in stande. Sie verstand es ganz und gar nicht, sich zu verstellen.“

„Sage lieber, sie wollte es nicht verstehen, Lucien. Sie hätte ebenso gut lügen können, wie alle anderen Menschen.“

„Sicherlich. Aber wenn sie gute Gründe hatte, so ließ sie die lieber gelten, als daß sie schlechte erfunden hätte. Du erinnerst dich vielleicht noch, es passierte ihr eines Tages bei Tische, daß sie sagte, „zum Glück hat Joé Keuchhusten, nun brauchen wir lange Zeit nicht nach Nonplaisir zu fahren.“

„Ja, ganz richtig!“ gab Joé zu.

„Du genasest, Joé, und Frau Cornouiller kam eines Tages zu unserer Mutter und sagte: „Meine Liebe, ich rechne darauf, daß Sie am Sonntag mit Ihrem Gatten zum Diner nach Nonplaisir kommen.“ Vom Vater aber hatte die Mutter ganz ausdrücklichen Bescheid bekommen, die Einladung unter allen Umständen abzulehnen, und in dieser Notlage erfand sie einen Grund, der der Wahrheit nicht entsprach.“

„Ich bedauere lebhaft, gnädige Frau,“ sagte unsere Mutter, aber es wird uns unmöglich sein, denn Sonntag erwarte ich den Gärtner.“

„Frau Cornouiller sah durch die Glastür des Wohnzimmer auf den kleinen verwilderten Garten, wo Spillbaum und Flieder ganz danach ausahen, als ob sie das Messer des Gärtners nie gekannt hätten und auch nie kennenernen würden.“

„Sie erwarten den Gärtner! wozu denn?“

„Er soll im Garten arbeiten.“

„Unwillkürlich hatte meine Mutter bei ihren Worten ihre Augen auf das kleine Biered voll Unkraut und halberwilderter Pflanzen gerichtet, das sie soeben als Garten bezeichnet hatte, und sah mit Schrecken die Unwahrscheinlichkeit ihrer Erfindung ein.“

„Der Mensch,“ sagte Frau Cornouiller, „könnte wohl am Montag oder Dienstag kommen, um Ihren . . . Garten zu pflegen. Das wäre auch viel besser. Am Sonntag soll man nicht arbeiten.“

„Er ist aber in der Woche beschäftigt.“

„Ich habe oft bemerkt, daß die absurdesten, ungeeignetsten Gründe den wenigsten Widerstand finden. Sie verwirren im Gegenteil den Gegner. Frau Cornouiller bestand denn auch weniger hartnäckig auf ihrer Meinung, als man es bei einer so wenig nachgiebigen Person erwartet hätte. Als sie sich von ihrem Sitz erhob, fragte sie:

„Wie heißt Ihr Gärtner, meine Liebe?“

„Putois,“ erwiderte unsere Mutter ohne Zögern.“

„So hatte denn Putois seinen Namen. Seitdem existierte er. Beim Fortgehen sagte Frau Cornouiller vor sich hin:

„Putois, Putois, das kommt mir bekannt vor. Ich kenne ihn wohl, aber ich erinnere mich nicht recht . . . Wo wohnt er denn?“

„Er geht auf Tagesarbeit aus; wenn man ihn braucht, so läßt man es ihm bei dem einen oder dem anderen sagen.“

„Das dachte ich mir wohl, ein Herumtreiber, ein Vagabund, ein richtiger Nichtsnuß. Nehmen Sie sich vor ihm in acht, meine Liebe!“

„Bon nun an hatte Putois einen Charakter.“

II.

Inzwischen waren die Herren Goubin und Marteau gekommen. Herr Bergeret machte sie mit dem Gegenstand der Unterhaltung bekannt.

„Wir sprachen gerade von jemand, den meine Mutter eines schönen Tages zum Gärtner in St. Omer machte und ihm einen Namen gab.“

„Seit der Zeit begann auch seine Wirksamkeit.“

„Bitte noch einmal, verehrter Meister,“ sagte Herr Goubin und wischte sein Augenglas.

„Bern,“ erwiderte Herr Bergeret. „Es gab einen Gärtner in St. Omer. Der Gärtner existierte nicht, aber meine Mutter sagte: „Ich erwarte den Gärtner.“ Als bald gab es einen Gärtner, der auch zugleich zu einer handelnden Person wurde.“

„Teurer Meister,“ fragte Herr Goubin, „wie konnte er handeln, da er ja gar nicht existierte?“

„Er besaß eben doch eine Art von Existenz,“ erwiderte Herr Bergeret.

„Sie wollen sagen, eine imaginäre Existenz,“ sagte Herr Goubin verächtlich.

„Ist denn eine imaginäre Existenz nichts?“ rief der Meister. „Sind nicht die mythischen Personen von großem Einfluß auf die Menschheit gewesen? Denken Sie doch an die Mythologie, Herr Goubin, und Sie werden erkennen, daß es zwar nicht wirkliche Wesen, sondern imaginäre Wesen waren, die aber den größten Einfluß auf die Seelen gehabt haben. Wesen, die überall und zu allen Zeiten nicht mehr Wirklichkeit besaßen als Putois, haben den Völkern Haß und Liebe, Schrecken und Hoffnung eingefloßt, haben ihnen Verbreden angeraten, Opfer empfangen, Sitten und Gesehe geschaffen. Denken Sie über die ewig dauernde Mythologie nach, Herr Goubin. Putois ist eine mythische Persönlichkeit und, wie ich zugeben muß, eine von der obstürzten und niedrigsten Art. Der plumpe Satyr, der einst am Tische unserer Bauern im Norden saß, wurde für würdig erachtet, in einem Gemälde von Jordans und in einer Fabel von Lafontaine zu figurieren. Der behaarte Sohn des Sporax ist in die erhabene Welt eines Shakespeares hineingelangt. Putois ist weniger glücklich gewesen und wird stets von den Künstlern und Dichtern mißachtet werden. Es fehlt ihm an Größe und Fremdartigkeit, an Stil und Charakter. Er kam unter zu vernünftigen Leuten zur Welt, unter Leuten, die lesen und schreiben konnten und nicht die reizende Einbildungskraft besaßen, die zur Fabelbildung führt. Ich denke, meine Herren, was ich gesagt habe, wird ausreichen, um Ihnen die wahre Natur von Putois begreiflich zu machen.“

„Ich verstehe Sie wohl,“ sagte Herr Goubin.

(Fortsetzung folgt.)

Der Thormann-Grandel-Prozess.

In der weiteren Verhandlung wird die Glaubwürdigkeit Gilberts geprüft. Oberregierungsrat Wühlstein wird vernommen über

Die Informationen Gilberts.

Dr. Saß: Hat Ihre Anschauung über den Alldutschen Verband vielleicht Herr Gilbert bestätigt? Zeuge: Ich sprach mit Lettenborn darüber. Justizrat Hahn: Wußten Sie, daß Gilbert die Führer der Bayerländischen Verbände „umlegen“ wollte? Zeuge: Nein. Dr. Saß: Hat Gilbert für Ihre Kartothek Nachrichten gegeben? Der Zeuge schweigt. Dr. Saß: Sie brauchen es nicht zu sagen, wir wissen es schon. Zeuge: Ich verweigere die Aussage. Dr. Saß: Hat eine Revision der Gilbertschen Nachrichten nicht ergeben, daß sie falsch waren? Zeuge: Nein. Dr. Saß: Es hat also keine Nachprüfung stattgefunden? Zeuge: Der Alldutsche Verband — — Vors.: Lassen Sie den Alldutschen Verband aus dem Spiel, bitte beantworten Sie die Fragen des Anwalt. Zeuge: In einem oder anderen Fall kann sie falsch gewesen sein. Vors.: Prüfen Sie denn die Nachrichten, die Sie erhalten, überhaupt nach? Zeuge: Dazu habe ich keine Zeit. Dr. Saß: Als Thormann verhaftet war, soll Gilbert in Ihrem Zimmer in Gegenwart des Regierungsrats Dillinger gesagt haben, der Coup ist gescheit. Am dem Tage hatte Gilbert auch selbst Geld, das er von ihm erhalten haben soll. Haben Sie Gilbert Geld gegeben? Zeuge: Daran erinnere ich mich nicht mehr. Dr. Saß: Wußten Sie, daß Gilbert bei Lettenborn wohnte? Zeuge: Ja. Dr. Saß: Wußten Sie, daß der Chef der politischen Polizei ein bißchen an Gilbert interessiert war? Zeuge: Ja, es handelte sich wohl um eine Altemache aus Oberschlesien. Dr. Saß: Wissen Sie, daß Herr Claß seine Kenntnisse über einen Anschlag gegen Erzberger der Polizei zur Verfügung gestellt hat? Zeuge: Nein. Dr. Saß: Herr Regierungsdirektor Weß, Sie sagten, daß Sie an die Ernsthaftigkeit des Alldutes nicht glauben. Reg.-Dir. Weß: Ich wies auf Gilbert, Lettenborn und Köpfe hin. Die beiden letzteren standen selbst im Verdacht des Paderbener Mordes. Dr. Grandel kannte ich als außenpolitisch tätigen Mann, der für das Ruhrgebiet arbeitete. Thormann stand im Verdacht, ein Spion zu sein. Mordgedanken schwirren in den letzten Jahren dauernd herum. Es würden manchen die Augen übergehen, wenn die Abteilung IA ihre Archive öffnete. Mordpläne, die nicht ausgeführt wurden, gibt es zu Hunderten. Ich muß auch hier sagen, daß Justizrat Claß und die „Deutsche Zeitung“, die mir nicht sympathisch ist, einen Mordplan gegen Erzberger mitteilten. Wenn man freilich radikalen Dämonen Ausrüstungsstücke und Waffen noch in die Hände gibt, dann kann es leicht einmal zum Ernst kommen. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, Leute auf die Anklagebank zu bringen, sondern vorzubeugen. Wäre die Polizei mit der Sache befaßt worden, dann hätte sie sich sicher in Wohlgefallen aufgelöst.

Hierauf trat eine kurze Pause ein, da Oberregierungsrat Wühlstein beim Reichsanwalt telefonisch die Ausföhrerlaubnis darüber einholen soll, welche Bezüge Gilbert vom Reichskommissar erhalten hat.

Nach der Pause wurde Oberregierungsrat Wühlstein noch einmal vernommen. Einleitend erklärte er, daß er noch auf die Antwort des Reichskommissars warte, ob er über die Frage der Bezahlung des Agenten Gilbert ausgeben dürfe. Da bis zum Schluß der Verhandlung eine weitere Mitteilung des Reichskommissars noch nicht einging, wurde dieser Fragenkomplex vom Gericht fallen gelassen. Die Verleumdung legte dem Zeugen eine Anzahl Fragen vor, weshalb er nicht sofort nach Kenntnis des Alldutesplanes die Exekutivbehörden informiert habe.

Justizrat Hahn: Kennen Sie, Herr Zeuge, nicht das Republikanengesetz, nach dem jeder Staatsbürger verpflichtet ist, den Exekutivbehörden Anzeige zu erstatten, nachdem er Kenntnis von einem Anschlag gegen Regierungsmitglieder erfaßt? Als wesentliches Mitglied des Reichskommissars konnte Ihnen das doch nicht unbekannt sein?

Oberreg.-Rat Wühlstein: Ich habe auch Anzeige erstattet, als ich es für richtig hielt.

R.-A. Dr. Saß: Das Gesetz verlangt aber ausdrücklich, daß die Anzeige „unverzüglich“, nicht erst wie hier, nach sechs Tagen erstattet wird.

Oberreg.-Rat Wühlstein: Für mich war der Plan erst am 14. fertig.

R.-A. Dr. Saß (erregt aufspringend): Dann haben Sie den Alldutesplan also misfabriziert.

Vors.: Diese Bemerkung geht zu weit, Herr Rechtsanwalt.

Justizrat Hahn: Ist Ihnen, Herr Regierungsrat Weß, bekannt, daß die Bestrebungen des Alldutes Verbandes dahin gingen, General Seeß zu gewalttätig zu beseitigen?

Regierungsrat Weß: Davon ist uns nichts bekannt. Daß Justizrat Claß oder die alldutsche Richtung einen politischen Mord planen, halte ich für ausgeschlossen. Eine gewisse Presse fordert ja seit Jahre und Tag auch, daß Minister Severing beseitigt werde, ohne daß damit natürlich eine Ermordung des Ministers gemeint ist.

Zu einem neuen Keimen Zwischenfall, diesmal zwischen den Geschworenen und dem Generalstaatsanwalt kam es dann, als Regierungsrat Weß vor der Geschworenenbank Platz nehmen wollte. Der Obmann der Geschworenen bat, daß der Zeuge sich anderswo hinsetzen möge, damit die Geschworenen beim Generalstaatsanwalt nicht erneut in falschen Verdacht kämen.

Oberregierungsrat Wühlstein trat den Ausführungen des Regierungsrats Weß entgegen und erklärte, daß nach seine Informationen der Alldutsche Verband nach wie vor einen Hochverrat plane durch sein Bestreben, die „echte Diktatur“ einzuführen, und daß Persönlichkeiten, die im Privatleben einen Mord verabsäumen, aus politischen Gründen ein Verbrechen nicht mißbilligten.

Justizrat Claß: Herr Wühlstein spricht wie der Blinde von der Farbe. Ich habe schon während des Krieges den Gedanken

öffentlichen Teil (steht sich ein nichtöffentlicher Teil, in dem über den Magistratsabbau entschieden werden soll.

Das Stadtbad Friedrichshain, An der Schillingstraße 2, ist für alle Bäder täglich von 9 bis 7 1/2 Uhr geöffnet. Kassenöffnung 7 Uhr. Die Schwimmbassins werden nach wie vor täglich gefüllt und desinfiziert.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 3. Juni.

Tagesschau, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—5 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Frank: „Fleisch als Nahrungsmittel“, 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn William Kahn: „Der Sensationsfilm“. 8.30 Uhr: X. Sonderveranstaltung der Funkstunde A.-G. Dorothea Manski, von der Berliner Staatsoper, Kammeränger Prof. Karl Clowing, von der Berliner Staatsoper, Alfred Braun, vom Schiller-Theater, Charlottenburg, Lilieneron-Wagner-Abend (Zu Lilieneron 80. Geburtstag). 1. a) Im Trabe, b) Cincinnati, von Detlef v. Lilieneron (Alfred Braun, Rezitation). 2. a) Auf dem Kirchhof, von Brahma, b) Ich liebe dich, von R. Strauß (Gedichte von Lilieneron), (Kammeränger Prof. Karl Clowing). 3. a) Das alte Steinkreuz am Neuen Markt, b) Bruder Liederlich, von Detlef v. Lilieneron (Alfred Braun, Rezitation). 4. Schlussszene aus dem 1. Akt der Oper „Walküre“, von Wagner (Dorothea Manski und Kammeränger Prof. Karl Clowing). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

haben die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei vergeblich zu beweisen versucht, daß die dienstliche Leistung Paulsens angreifbar sei. Viele ihrer Angriffe in der Stadtverordnetenversammlung sind ihrer Haltlosigkeit wegen von den Antragstellern selbst zurückgezogen worden, die anderen sind in nichts zerfallen.

Das wird dann an einigen Beispielen gezeigt, und zum Schluß folgt der Verfasser der Zeitschrift:

„Wenn man am Dienstag wieder vor der Entscheidung steht, ob man Paulsen abbauen will oder nicht, so möge man doch diese Angriffe einmal sachlich nachprüfen. Es wird sich klar herausstellen, daß Paulsen unter fast unüberwindlichen Schwierigkeiten das Schulwesen Groß-Berlins aufgebaut und die Schule ohne großen Schaden durch die schwere Zeit der Inflation und des Abbaues durchgebracht hat. Baut man ihn jetzt ab, so ist kein Zweifel, daß lediglich politische Gründe dafür maßgebend sind. Gerade hier aber ist die einzige Stelle, wo nicht ohne Grund verhafte Abbauperordnung die Beamten schützt. Die Stadtverordnetenversammlung, die sicherlich richtig orientiert ist, darf in der Abbaufolge Paulsens vom klaren Wege des Rechts nicht abweichen. Alles Vertrauen der städtischen Beamten auf eine gerechte Leitung der Stadtverwaltung würde dann auf schwerste erschütterter. Mißtrauen gegen die Stadtverwaltung und Kriecherei vor den Reichsvertretern würden die Folge sein.“

Die Stadtverordnetenversammlung darf vom klaren Wege des Rechts nicht abweichen! Wir werden sehen, wie weit bei den Bürgerlichen diese Mahnung befolgt werden wird.

Die Ehefrau erschossen.

Tragödie in der Familie eines Arztes.

Ein Unglücksfall mit eigenartigen tragischen Verknüpfungen hat sich gestern in Waidmannslust in der Familie eines Arztes zugezogen.

Der praktische Arzt Dr. Albrecht bewohnte dort mit seiner Frau und drei Söhnen eine Villa in der Benediktstraße. Die Ehe war angeblich durch das Verhalten der Frau getrübt, die ihren Mann ohne Grund mit Eifersuchtszwecken verfolgte. Schon zweimal verfuhr sie mit Gas und einmal mit dem Rasiermesser ihrem Leben ein Ende zu machen. Die Eheleute schliefen in verschiedenen Zimmern. Als Dr. Albrecht gestern durch ein Geräusch erwachte, stand er auf, griff zum Revolver, weil er angeblich Einbrecher befürchtete. Als er nun die Schlafzimmertür seiner Frau offen sah und die Frau im Zimmer nicht fand, fürchtete er, daß sie in den Toilettenraum gegangen sei, um sich ein Kleid anzuziehen. Er fand die Tür verriegelt und rief seiner Frau zu, daß er die Tür aufbrechen werde, wenn sie nicht öffne. Die Frau riegelte denn auch auf, stemmte sich aber mit der Schulter gegen die Tür. Die Tür schloß sich dann, während der Mann von außen verfuhr, sie aufzubrechen.

Pföhllich löste sich aus der ensicherten Pistole ein Schuß. Die Kugel durchschlug die Tür und drang der Frau von der Wächsthöhe aus in das Herz, so daß sie tot zusammenbrach. Dr. Albrecht blieb auf freiem Fuße, weil ein Fluchtverdacht nicht vorliegen soll. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt und nach Berlin in das Schauhaus gebracht.

Der Krieg gegen die Bäume.

Von den Bewohnern der Häuser Kruppstr. 1 und Behrer Straße geht uns folgender „Notruf“ zu:

„In einer der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlungen ist ein Antrag zur Erhaltung der Naturdenkmäler innerhalb Berlins sowie in der Umgebung angenommen worden, der an den Magistrat verschiedene Forderungen richtet; u. a. wird verlangt, daß in parkähnlichen Gärten befindliche alte Baumbestände zu inventarisieren seien, was doch wohl so auszulegen ist, daß man diese grünen Flecken innerhalb der Großstadt vor sinnvoller Vernichtung schützen will. Im Gegensatz zu diesem wohlgemeinten volkfreundlichen Antrag scheint man im Reichswehrministerium eine andere Meinung von dem Wert der wenigen noch verbliebenen grünen Flecken im Häusermeer zu haben. Es wäre sonst doch nicht möglich, daß man jetzt daran geht, einen auf dem fiskalischen Gelände des ehemaligen Artilleriedepots, Kruppstr. 1, gelegenen etwa 50 Jahre alten Baumbestand, der noch ein Ausläufer des Tiergartens und somit ein historisches Stückchen Erde ist, einfach rücksichtslos abzuholzen, um dort zwei Wohnhäuser zu errichten. Man begnügt sich selbst nicht mit dem Ausschneiden dieses alten Baumbestandes, sondern vernichtet rücksichtslos auch die von den Anwohnern unter großer Mühe und Arbeit angelegten kleinen Ruhgärten mit samt den angepflanzten Obstbäumen und Sträuchern. Auf der einen Seite fordert man gerade in letzter Zeit Kleinwohnungen und Ruhgärten für die Bewohner der Großstädte, die ihnen nach des Tages Last wenigstens ein wenig Erholung bieten sollen und gleichzeitig im Interesse der Volksernährung wichtig sind, auf der anderen Seite tritt man diesen Bestrebungen — wie vorstehender Fall zeigt — rücksichtslos entgegen. Zur Ausführung dieses wohlgemeinten und wohl auch dringlichen Bauplanes dürften gerade dem Reichswehrministerium anderweitig genügend freie Plätze zur Verfügung stehen, wo es diese gute Absicht zur Ausführung bringen könnte, ohne auf der anderen Seite die Großstadtbewohner durch die Zerstörung der ohnehin recht spärlich vorhandenen Erholungsstätten zu schädigen. Was nützen alle Befehle und Verordnungen, die im Interesse der Großstadtbewohner erlassen werden, wenn sie nicht einmal an den obersten Stellen die geringste Beachtung finden! Es ist wohl anzunehmen, daß dem Reichswehrminister die näheren Verhältnisse in dieser Angelegenheit nicht bekannt geworden sind, da er sonst doch nicht dieser Vernichtung seine Genehmigung erteilt hätte.“

Die ungenügte Künstlerhilfe.

Uns wird geschrieben: Anfang dieses Jahres hat die „Deutsche reichliche Freundeshilfe“ in Berlin in einem weiten Saalraum des Schöneberger Rathauses zu ihren großen Gemeinschaftsfestlichkeiten eine hinzugefügt, die den von den Kriegs- und Friedenswirren besonders heftig betroffenen Ständen gewidmet wurde. Die Angehörigen freier Berufe, Rechtsanwälte, Lehrer, Ingenieure, Künstler, Journalisten usw. bekamen in diesem wirklich anheimelnd eingerichteten Saale bei weißgedeckten Tischen und tadelloser Bedienung ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Fleischgang, Gemüse und Weissspeise (einer echt Wiener Receptur) zum Preise von sage und schreibe: 80 Pfennigen. Diese Tat, die als Rettung für die wertvollsten Schichten der Berliner Bevölkerung begrüßt worden ist, hat nun erstaunlicherweise große Kreise der hierfür in Betracht kommenden Berufe nicht zu erfassen vermocht. Die Gemeinschaftsfestlichkeiten Schöneberg ist auffallend schwach besucht. Es besteht daher die Befürchtung, daß die Gründer sie schließen werden. Es wäre aber ein Trugschluß, diese schwache Inanspruchnahme als ein günstiges Zeichen für eine gebesserte Lage der betreffenden Bevölkerungskreise anzusehen. Der Grund ist darin zu suchen, daß die von der Zeit besonders entsetzlich gewordenen Kreise sich in voller Teilnahmslosigkeit lieber dem allmählichen Selbstmord ergeben, als die ihnen gebotenen Lebensmöglichkeiten auszunutzen. (In ähnlicher Weise wird die schöne Arbeitslosenklause in der Pantower Nordbahnstraße weniger aufgesucht, als z. B. die sehr florierenden Spielräume im Schloß und in der Kurfürststraße.) Es soll nun der Zweck dieser Zeitschrift sein, auf den Wert dieser Einrichtungen hinzuweisen, und dadurch die, die es angeht, aus ihrer Abneigung herauszureißen. Jedemfalls würde durch die Schließung der Gemeinschaftsfestlichkeiten für deren tägliche Gäste ein großer Verlust erwachsen, der durch regere Beteiligung verhindert werden könnte.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche eine außerordentliche Sitzung am Dienstag um 8 Uhr. An den

der Diktatur immer wieder vertreten, und maßgebende Persönlichkeiten haben mir auch jetzt wieder versichert, daß der Krieg verloren ging, weil die Diktatur nicht kam. Das, was Herr Wühlstein hier aus Zeitungsartikeln über den Alldutschen Verband vortrug, ist von einem Manne gesagt worden, der nicht weiß, was er gelesen hat.

Darauf wurde Schriftsteller Graf Ernst Reventlow vernommen, der bekundete, daß er Grandel zweimal gesehen und von ihm klar in wirtschaftlichen Dingen geholt habe.

Vors.: Hat Herr v. Lettenborn, der ja Ihrer Partei angehört, mit Ihnen auch über das Alldute gesprochen?

Zeuge: Jawohl. Bekanntlich bestanden ja zwischen dem Alldutschen Verband und unserer Partei gewisse Spannungen, die ich im Interesse der nationalen Sache für schädlich hielt. Ich habe im Dezember mit Herrn Maurerbach eine Fühlung genommen, um eine Verständigung anzubahnen und eine Besprechung zwischen Herrn Justizrat Claß und Herrn v. Graefe anzubahnen. Da fiel in diese Zeit die Affäre Thormann, und Herr Justizrat Claß, an dessen Schuld ich ebensowenig glaube wie an die Grandels, wurden in unserer Presse sehr belästigt. Natürlich konnte infolgedessen die Aussprache Claß-Graefe nicht stattfinden, und ich habe über diese Dinge auch mit Lettenborn gesprochen, der einen gewissen Parteifanatikus gegenüber dem Alldutschen Verband besitzt. Dabei erzählte mir Lettenborn, daß er beim Reichskommissar für die öffentliche Ordnung großen Einfluß besitze und in die Presse bringen könne, was er wolle.

Vors.: Haben Sie Herrn v. Lettenborn verschiedene Male gebeten, Herrn Claß oder Grandel nicht zu belästigen?

Zeuge: Das habe ich in dieser Form niemals und unter keinen Umständen getan.

Vors.: Wie ist das, Herr v. Lettenborn?

Zeuge v. Lettenborn: Graf Reventlow trat wohl für die Person Grandels einmal ein, doch habe ich das nicht als Beeinflussung empfunden.

Vors.: Dann stelle ich fest, Herr Zeuge, daß Sie uns diese Dinge vor einigen Tagen in einer ganz anderen Weise dargestellt haben. — Der Zeuge schweigt.

Graf Reventlow: Zur Aufklärung möchte ich betonen, ich wollte lediglich verhindern, daß Lettenborn durch seine Angriffe gegen Grandel unsere Presse in einem die angebahnte Verständigung störendem Sinne bearbeitete.

Justizrat Claß: Haben Sie, Graf Reventlow, mit Lettenborn in dem von ihm anfangs besprochenen Sinne auf meine Veranlassung gesprochen?

Zeuge Graf Reventlow: Nein.

Der folgende Zeuge, Direktor Löffel, von der Lohmann-Metall-Fabrik, bekundete zunächst, daß Grandel bei ihm am 15. Januar erschienen sei, um von ihm ein Tuberkulosemittel zu erbitten. Jergendwelche Erregung habe er an Grandel nicht bemerkt, doch sei ihm aufgefallen, daß der Angeklagte einen geistesabwesenden Blick hatte.

Justizrat Hahn: Können Sie uns näheres über Herrn Gilbert sagen?

Zeuge: Infolge einer Betriebsabholage in unserem Werk hatten wir die Hilfe einer Detektive in Anspruch genommen, die uns Gilbert fandte. Er wurde von mir als Sekretär eingestellt und war mehrere Monate tätig. Gilbert behauptete, den Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen zu sein und wollte Beweismaterial dafür bekommen haben, daß einer unserer ersten Chemiker, ein Akademiker, der sich noch heute in unseren Werken befindet und eine höchstgeschätzte Stellung einnimmt, der Urheber der Unregelmäßigkeiten sei, und daß dieser Mann Betriebsgeheimnisse an das Ausland verkaufe. Er legte mir auch angebliche Briefe des Chemikers und Verträge vor, die mir wie vom Donner gerührt, kümmerte mich nun selbst um die Dinge und konnte in wenigen Tagen feststellen, daß

Gilbert alle Unterlagen glatt gefälscht

hatte. Einige Zeit später fragten mich einige Herren aus Ostpreußen, ob ich Gilbert mit einer wichtigen Erfindung zu ihnen gefandt hätte. Diese Erfindung hatte Gilbert in unseren Betrieben erlaucht und sich damit in nationale Kreise Ostpreußens eingedrängt. Die Kenntnisse, die er in den nationalen ostpreussischen Kreisen erwarb, verkaufte er dann an die Gegenseite, ging nach Moskau und kam nach einiger Zeit wieder zu mir nach Berlin. Da erklärte Herr Gilbert, daß er ins gegnerische Lager übergehen müsse, wenn ich ihm nicht eine Ehrenerklärung ausstellen würde. (Der Zeuge Gilbert springt auf und ruft: Unerhörte Frechheit!) Gilbert ist

das Prototyp der „moral insanity“

ein Mensch, der kein Mittel scheut, um ein Ziel zu gelangen. Für seine abstrusen Behauptungen ist ja bezeichnend, daß er überall erzählt, Frau Ulstein, die Gattin des bekannten Zeitungsverlegers, sei eine geborene Dämonin und daher erklärte sich die Politik der „Völkischen Zeitung“.

R.-A. Dr. Saß: Gilbert behauptet auch, daß Sie, Herr Zeuge, zu den Hintermännern des Rathenau-Mordes gehören.

Zeuge Dr. Löffel: Ich erkläre unter meinem Eide, daß das vollständig frei erfunden ist.

Der Zeuge Gilbert behauptete, daß alle Ausführungen des Zeugen Löffel Lügen seien und daß der Polizeipräsident von Berlin ihn, Gilbert, nur wegen seiner Freundschaft zu Löffel festgenommen habe. Was den Vorwurf angeht, daß er bei der Lohmann Metall Schwindeltaten verübt habe, so gebe er zu, daß er selbst von seinen Unteragenten gelästet worden sei.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die Verhandlung beginnt heute, morgens 8 1/2 Uhr. Ob im Laufe des heutigen Dienstag noch das Urteil gefällt werden wird, erscheint bei dem Gesundheitszustand Dr. Grandels, der nach der gestrigen Verhandlung einen Anfall von Herzkrämpfen erlitt, außerordentlich fraglich.

Neue Regelung für Schönheitsreparaturen?

Wie uns berichtet wird, steht eine baldige neue gesetzliche Regelung über die sogenannten Schönheitsreparaturen bevor. Bekanntlich ist nach der gegenwärtigen Rechtslage die Frage, wer die Reparaturen auszuführen hat, von ausdrücklicher und stillschweigender Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter abhängig. Daraus ergeben sich praktisch die größten Schwierigkeiten, weil beide Parteien nicht in der Lage sind, von den für Schönheitsreparaturen auszuwerfenden vier Prozent der Friedensmiete größere Arbeiten dieser Art ausführen zu lassen, meist aber nicht erhebliche Geldopfer über diesen Hunderttag hinaus, wenigstens nicht mit einem Male, bringen können. Die maßgebenden Wohnungsbehörden vertreten die zweifellos richtige Ansicht, daß irgend etwas Durchgreifendes geschehen muß, um auch den Verfall der inneren Teile der Wohnung aufzuhalten, was jetzt durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarungen mangels der erforderlichen Geldmittel im allgemeinen nicht gewährleistet wird. Andererseits dürfen fester umgesetzte gesetzliche Bestimmungen über Schönheitsreparaturen nicht überspannt werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist aber schon vom 1. Juli ab eine Erhöhung des Hunderttages für Schönheitsreparaturen und eine Änderung des Vereinbarungssystems zu erwarten.

Die Sexual-ethnologische Ausstellung des National-Hygiene-Museums in Dresden, welche sich zurzeit in den Ausstellungsräumen des Instituts für Sexualwissenschaft, zu den Zeiten 10, befindet, soll weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden und es werden deshalb vom 1. Juni ab wöchentlich zwei Vorträge veranstaltet, bei denen Herr Dr. Eimann die außerordentlich interessanten und seltenen Gegenstände erklären wird. Diese Vorträge finden jeden Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und Mittwoch, abends um 8 Uhr, statt.

BILLIGE ANGEBOTE

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Herren - Kleidung
Tennishosen 9⁵⁰ 11⁵⁰
 weiss Satin- und Koperstoffe.....
Tennishosen 19⁷⁵ 25⁰⁰
 aus Flanellstoffen.....

Windjacken, Lüstersakkos in grosser Auswahl

Herren-Artikel
Herren-Strohhüte 3⁵⁰
 Matelotform, in guten Geflechten.....
Selbstbinder 3⁹⁰
 einfarbig, reine Seide, in grosser, offener Form.....
Oberhemd 5⁹⁰
 Perkal, mit gefütterter Brust und 1 weichen und 1 steifen Kragen

Damen-Wäsche
Batist-Untertailen mit Spitzengarnierung..... 1⁶⁵
Damen-Hemd mit Hohlsaumverzierung 1⁶⁵
Hüfthalter aus feinem Volle, mit Gummi und 1 Paar Haltern..... 5⁵⁰
Eleg. Hüfthalter modifarbig, Satindrell, mit Seidengummi, 2 Paar Halt. 6⁷⁵
Morgenrock aus braunem Musselin..... 5⁹⁰
Morgenrock aus Crêpe, mit Batistgarnitur 11⁵⁰

Sportartikel
Tennispressen mit 4 Messingschrauben 1⁵⁰
Spielhosen schwarz Trikot... Gr. 1⁶⁵ Gr. 2⁰⁰ Gr. 4²⁰ Gr. 5³⁰

Schuhwaren
Damen-Halbschuhe 3⁵⁰
 weiss Leinen, spitze und runde Form, vorzügliche Qualität
Herren-Schnürstiefel 10⁹⁰
 Schwarz II-Box, Goodyear-Weit, mit und ohne Doppelsehle
Herren-Haferl-Schuhe 21⁵⁰
 braun Boxcaft, Rahmenarbeit.....

Lederwaren
Reisetaschen mit Aufspannbügel, braun longrain Kunstleder, beste Lederimitation, wasserdicht
 14⁷⁵ 15⁷⁵ 16⁷⁵
 starkes, imprägniertes, grünes Segelzeilen, mit Rindlederschnitzwerk
 19⁷⁵ 21⁰⁰ 22⁰⁰
 33⁰⁰ kräftiges, braunes Rindleder 35⁰⁰ 37⁵⁰

Portieren-Garnitur 2⁴⁵
 150 cm lang, aus reinem Messing bestehend aus 150 cm Rohr, 9 Ringen, 2 Knöpfen, 2 Trägern, 2 Haken komplett

Hermann
Tietz
 Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Halbstores 3⁵⁰
 Kamin, mit Einsätzen und Volant..... Stück
Künstler-Garnitur 4⁹⁰
 dreiteilig, gewebt, modern gemastert, Garnitur

BAD-NAUHEIM

HESSISCHES STAATSBAD — Am Taunus bei Frankfurt a. Main — GANZJÄHRIGE KURZEIT

Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- u. Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- u. Nervenleiden. Vorzügliche Konzerte, Theater, Tennis, Golf, Wurfäuben-Schießstand, Herrliche Park- und Waldspaziergänge. Schöner angenehmer Erholungsaufenthalt. Sämtliche neuzeitliche Kurmittel. Zimmer mit Verpflegung v. 5-12 Goldmark an Man fordere die neueste Auskunftsschrift F. 122 von der Bad- und Kurverwaltung Bad-Nauheim.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus 8 Uhr: Elektra
 Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Der Waffenschmid
 Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Post d. Handwerker / Guten Morgen, Herr Fischer!
 Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: Korallenküstlein
 Deutsch. Theater Sommerspielzeit
 Bühnen: Stark und Gern
 Täglich 8 Uhr: Mist-Globetrotter
 Operette in 3 Akten von Günther Biblo. Musik v. Otto Urack
 Kammerstücke
 Tagl. 8 Uhr: Salomons Schwiegerochter
 Schausp. in 3 Akten von Paul Frank u. Julius Wilhelm
Gr. Schauspielhaus
 Gasparone
 Kleines Theat. Tagl. 8 Uhr: Kameraden
 von Aug. Strindberg
SCALA
 8 Uhr: Internat. VARIÉTÉ

Große Volksoper im Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: La Traviata

Komische Oper
 8 1/2: Direktion: James Klein 8 1/2: Heute sowie täglich
Der große Erfolg!
Die Prinzessin
 Operette Akten von Walter Kollo

Lunapark
 Heute Dienstag
Volkstag
 Eintritt 50 Pfennig
 Brill.-Feuerwerk • Tonkünstl.-Konz. 1 Sensationell!
 3 Geschwister Hugonis

Keine Wanze
 mehr nach Gebrauch von Reichel's Wanzenstaub "Rabital", der Wanzen drücker Feind. Erzeugt eine für Wanzen absolut tödlich wirkende Gasart, die in die verborgenen Stellen, hinter Tapeten usw. einbringt, mit vernichtender Kraft auch die sonst nicht erreichbaren Brutnester zerstört. Größe II N. 0,75, Gr. III N. 1,40, Gr. IV N. 2,50. Alleinhersteller Otto Reichel, Berlin 45, 50 Eichenbäume 4. Erdölöl. in Drogerien, aber sagt nur mit der berühmten Marke
Tod und Teufel

Morgen, Mittwoch, zum ersten Male: **Venedig in Treptow**

in den vereinigten Lokalen:
 Abtei / Kaiserbad
 Paradiesgarten / Spreegarten
 Sonnenwende / Schloß Treptow
 Zenner

jeden Mittwoch Riesen-Feuerwerk jeden Mittwoch

Vergnügungspark ULAP Am Lehrter Bahnhof
 Täglich ab 4 Uhr (Sonntags 3 Uhr):
Parkkonzert • Feuerwerk
 3 Neiss auf dem Turmsee • Chaplin u. die Attraktionen
 VORANZEIGE:
 1. u. 2. Pfingstfeiertag Frühkonzert
 Eintritt 50 Pfg. Kinder 30 Pfg.

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr
 Nur noch kurze Zeit
Pummels Martha
 Nur noch kurze Zeit
 Der Herr aus Kyritz und der beste Programm

Theater a. Kottb. Tor
 Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
 Vollständig neues JUNI-Programm
 Bild. Preise

WINDGARTEN
 Das in allen Teilen neue
Variété-Programm!
 Serorarbeiten die ausländischen Glanznummern der Londoner und Pariser großen Revuen. Unter anderem: Das humoristische Quartett der American Merry Four
 Die einzigenden 5 Academy Girls
 Die Weiber japanischer Kunst 4 Puffs
 Die originellen Ruffkonten
 3 Wiesingers
 Reue Gymnastik! usw. usw.
 Rauschen geladeter Gewöndi Preise

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
 Die Prinzessin vom Nil

Leiterwagen
 u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
 Großer Vorrat.
 Georg Wagner
 Köpenicker Str. 71.
 Kein Ladungsdiebst.

Nur Lamin
 vernünftige kleinstmögliche Einreibung
Stoffläufer
 in Apotheken und Drogerien
 Elektro-Apparate, A.-G. Hannover.



Allerbestmöglicher
KREDIT
 Kleine Anzahlung
 Gesamtlager in 4 Etagen
 Herren- u. Sport-Anzüge
 Knaben- u. Kind-Anzüge
 Tailen-Mäntel
 Gummi-Mäntel
 Sport- u. gestr. Hosen
 Wundervolle Kostüme
 Mäntel Kleider-Röcke • Strickwesten
 in besonderen Etagen
Möbel - Einrichtungen
A. DAMITT
 Rosenthaler Str. 46-47

Nur bis Pfingsten!
20% Rabatt!
Trotz Teilzahlung
Anzüge, Paletots
 für Herren und Burschen in modernster Ausführung, prima Verarbeitung, bester Ersatz f. Maß, zu äußerst billig. Preisen
Stolzmann
 Belle-Alliance-Straße 100
 Eingang Möbelboden
 Gekaufte Ware wird sofort mitgegeben!

Garderobe
 in guten Qualitäten
 auf
Teilzahlung
Herren- Damen-
 Anzüge / Paletots Mäntel / Kleider
 Cutaways / gestr. Hosen Kostüme / Jacken
Ersatz für Massarbeit
 Regenmäntel • Strickwesten • Strickjacken
 Meine Preise sind so billig und die Anzahlung so klein, dass jeder kaufen kann
 Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben

BEISER
 Lothringer Strasse 67



SIL
 Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. — OHNE CHLOR —

Darüber sei man sich im Klaren, Die Melliandseife hilft uns sparen*)
 *) Man will sein Geld nicht vergeuden und kauft deshalb die reine, tranfreie Melliand-Dreieckseife.
 Zu haben bei: Honzack, Schöneberg (18 Filial) Lennau-Drogerie, Nk., Lennaustr. 22
 Arbeit, Neukölln, Reuterstr. 43/44
 Kühn, Simon-Dach-Straße 21
 sowie in weiteren 250 einschlägigen Geschäften Groß-Berlins.
 Verkaufsabteilung Berlin Lützowplatz 11, 1
 Tel.: Lützow 3819
 Gesellschaft  (rechtm.)
ORIGINAL Melliand

Um die Enthastung der Abgeordneten.

Völkisch-kommunistischer Krakeel im Reichstag.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr und gibt bekannt, daß folgende 12 Abgeordnete zu Schriftführern gewählt worden sind: Dr. Philipp Dnat., Lavertenz (Dnat.), Schwarz-Frankfurt (3.), Frau Teusch (3.), Schmidt-Reifen (Soz.), Frau Agnes (Soz.), Frau Bohm-Schuch (Soz.), Feuermann (D. Sp.), Ziegler (Dem.), Rauch-München (Bayer. Sp.), Lude (Wirtsch. Bz.), Schulze-Frankfurt (Dnat.). Die beiden kommunistischen Kandidaten sind ausgefallen. (Wärmende Rufe bei den Kommunisten.)

Präsident Wallraf weist dann darauf hin, daß das Stammesverwandte und betraute Österreich von einem furchtbaren Schicksalsschlag getroffen worden ist durch das ebenso rühmliche wie unheimliche Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seipel. Die Arbeit dieses hervorragenden, selbstlosen und erfolgreichen Mannes ist dadurch jäh unterbrochen worden. Das deutsche Volk, vertreten durch seinen Reichstag, verbindet sich mit dem österreichischen Volke in der innigen Hoffnung, daß der Bundeskanzler seine lebensreiche Tätigkeit bald wieder aufnehmen werde. (Beifälliger Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Der Präsident erbittet die Ermächtigung, der österreichischen Regierung die Teilnahme des Deutschen Reichstages auszusprechen zu dürfen. (Diese Ermächtigung wird von der großen Mehrheit des Hauses erteilt, während die Kommunisten Widerspruch erheben. Die Rechte antwortet mit Pfuirufen.)

Die inhaftierten Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Festungshaft des Abg. Kriebel (Ratsoz.) und die kommunistischen Anträge auf Freilassung der kommunistischen Abgg. Lademann, Pfeiffer, Urbahns, Jadasch, Heydemann, Schlecht, Buchmann, Florin und Lindau.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses. Dieser hat beschlossen, das Strafverfahren gegen Heydemann (Komm.) für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen und die verhängte Untersuchungshaft aufzuheben, und weiter die gegen Kriebel (Ratsoz.) verhängte Festungshaft, die gegen Lademann verhängte Gefängnisshaft, die gegen Buchmann und Florin in München verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben. Auch die Untersuchungshaft gegen Jadasch soll aufgehoben werden, das Untersuchungsverfahren aber weitergehen. Da bei Urbahns die Untersuchung noch schwebt und bei einer Freilassung die Gefahr der Verdunkelung droht, soll in diesem Fall die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden. Bezüglich der Abgg. Pfeiffer, Lindau und Schlecht ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Der Bericht des Abg. Wunderlich wird von den Kommunisten mit Lärm aufgenommen. Sie rufen: Die größten Verbrecher sitzen dort drüben!

Präsident Wallraf teilt mit, daß nach einer telegraphischen Meldung aus München

die Abgg. Buchmann und Florin bereits aus der Haft entlassen worden seien. (Zuruf bei den Kommunisten: Weil sie in den Hungerstreik getreten sind!) In der Art der Abstimmung werde dadurch keine Änderung herbeigeführt.

Über den Fall Jadasch berichtet Abg. Löbe (Soz.) gefordert. Gegen Jadasch schwebt ein Verfahren, weil er die Postlösung Preußisch-Oberschlesiens von Preußen betrieben haben soll. (Lärm bei den Kommunisten, Abg. Thälmann ruft: Glauben Sie denn das?) Abg. Löbe erklärt daraufhin:

Ich bin auf Vorschlag des kommunistischen Abgeordneten Koenen zum Berichterstatter in diesem Fall ernannt worden. (Hört! Hört!) Herr Thälmann scheint nicht zu wissen, was meines Amtes ist. Ich muß die Darstellung beider Seiten wiedergeben. Der Ausschuss beantragt, die Untersuchungshaft aufzuheben, das Strafverfahren aber weitergehen zu lassen.

Abg. Brodauf (Dem.)

(von den Kommunisten mit dem Ruf begrüßt: Seht kommt die veräppelte Demokratie!) stimmt für seine Fraktion den Ausschussanträgen im Fall Kriebel nicht zu. (Beifällige Pfuirufe rechts.) Hier habe der Ausschuss allerdings nicht mit gleichem Maß gemessen. Den Attentäter von rechts wolle er freilassen, nicht aber den von links. Das sollte für den Reichstag eine politische Unmöglichkeit sein. Die Demokraten seien im Ausschuss konsequent gewesen, nicht aber die Deutsche Volkspartei. Die Demokraten hätten bei Kriebel wie bei Urbahns für die Aufrechterhaltung der Haft gestimmt.

Bei Hoch- und Landeserrat stehe das Interesse der Allgemeinheit an der Durchführung des Strafverfahrens voran. Es sei die Beteiligung Kriebels an dem Hitler-Putsch in München rechtskräftig festgestellt (Zuruf bei den Kommunisten: für Ludendorff auch!), und zwar durch ein Gericht, das ganz gewiß nicht in dem Verdacht stehe, republikanisch voringenommen zu sein. Es bestünde das allergrößte staatliche Interesse daran, daß ein solcher Hochverräter tatsächlich seine Strafe verbüße. (Unruhe rechts und Zurufe: Und die Hochverräter von 1918? — Die weiteren Ausführungen des Redners werden von großem anhaltenden Lärm der Kommunisten sowohl wie der Nationalsozialisten unterbrochen. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter ruft dem Redner zu: Judenschwein!) In München, so fährt der Redner fort, haben sich die Hochverräter bekanntlich auf die Auffassung gestützt, gegen diesen Staat gäbe es überhaupt keinen Hochverrat, weil es ein illegales Staat sei. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Diese Auffassung taucht auch in einem Antrag wieder auf, in dem Sie (zu den Nationalsozialisten) sich erlauben zu verlangen, daß die Personen begnadigt werden, die an dem sogenannten hochverräterischen Unternehmen in Kufstein oder an dem sogenannten hochverräterischen Unternehmen in München vom 9. November vorigen Jahres beteiligt waren. (Große Unruhe bei den Nationalsoz.)

Abg. Koenen (Komm.):

Der kommunistischen Fraktion ist nicht nur die Stelle eines Bizepräsidenten verweigert worden, sondern sogar die Schriftführerposten. So wird von der Mehrheit mit zweierlei Maß gemessen. Im Ausschuss haben die Mittelparteien, die Demokraten und die Volkspartei zwar mit tönenden Worten von der Immunität gesprochen, es kam ihnen aber nur darauf an, eine Formel zu finden, mit der man auf alle Fälle die Kommunisten rechtlos machen kann, und man fand diese Formel dadurch, daß in allen Fällen, wo das Staatsinteresse schwer gefährdet werde, die Immunität nicht gelten dürfe. Selbstverständlich ist, wenn ein Kommunist in Betracht kommt, das Interesse des Staates immer schwer gefährdet. (Sehr richtig! rechts.) In den Einzellandtagen, wie z. B. in Preußen, ist man anders verfahren. Es handelt sich um nichts als um eine neue Auflage der gemeinen Lügenhebe

gegen die Kommunisten. Von den 91 Toten in München schweigt man, aber die 17 in Hamburg müssen gegen die Kom-

munisten herhalten. Urbahns war zur Zeit der Kämpfe gar nicht in Hamburg, sondern in Chemnitz. (Widerspruch.) Leute, wie Ludendorff und v. Graefe, die offensibaren Hochverrat getrieben haben, die bereits die Ministerposten unter sich verteilt haben, dürfen hier sitzen, aber nicht Arbeitervertreter. Die Münchener und die Hamburger Ereignisse seien aus derselben Situation der Verelendung hervorgegangen. In Deutschland werde aber nur freigesprochen, wer es fertig bringe, sich in der entscheidenden Kampfsituation glatt auf den Bauch zu schlagen. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Lügner! Novemberverbrecher! — Gegenruf des Abg. Höllein (Komm.): Ruhe, Ihr Kapitalbestien da drüben!) Bei Kriebel rede man sich damit aus, wenn man den Fall genau nachprüfen wolle, müsse man einen ganzen Wagon Aktien heranschaffen. (Zuruf rechts: Vaterlandsloser Geselle!) Wer seien denn die vaterlandslosen Gesellen, Wilhelm der Ausgekiffene oder die Kommunisten? Die Nationalsozialisten seien eine ganz verkommene Partei. (Abg. Schölem: Landstnechtel) Die Entscheidung im Falle Urbahns habe nur von den Nationalsozialisten abgehoben. (Hört, hört! bei den Komm.) Ein kommunistischer Jugendsekretär, der an der französischen Ruhrfront Waffen gekauft und Hochverrat begangen habe, sei von dem reaktionären Poincaré sofort freigesprochen worden, als er in die Kammer gewählt worden war. Und General de Weyh habe sogar den deutschen Kommunisten Müller-Kaiserlautern, der wegen deselben Vergehens fünf Jahre Gefängnis erhalten hatte, sofort in Freiheit gesetzt, als er in den Reichstag gewählt worden war. (Zuruf rechts: Natürlich aus Liebe zu Deutschland!) Das sei Demokratie! Die Kommunisten würden den Hof in die Rassen tragen. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.)

erklärt, seine Fraktion lehne die Aufhebung einer Strafhaft grundsätzlich ab, weil diese Möglichkeit über die vor der Weimarer Verfassung übliche Immunität hinausgehe. Die Abgrenzung der politischen Delikte sei schwierig, Hochverrat sei allerdings ein politisches Verbrechen. Trotzdem habe schon der frühere Geschäftsausschuss den Standpunkt vertreten, daß man nicht jedem Hochverräter die Immunität zubilligen dürfe, denn das Staatsinteresse stehe unendlich viel höher als die Immunität eines einzelnen. (Zustimmung in der Mitte.) Die Hochverratsfälle hätten sich in letzter Zeit erschreckend vermehrt. Solange dieser Gefahrenzustand dauere, lehne die Deutsche Volkspartei grundsätzlich die Aufhebung der Haft ab, wünsche aber natürlich gründliche Prüfung jedes Einzelfalles. Die überwiegende Mehrheit der Hochverratsverbrechen gehe von den Kommunisten aus. (Unruhe bei den Kommunisten.) Sie wollten doch die gegenwärtige Staatsform beseitigen. (Wärmende Zustimmung bei den Kommunisten.) Wenn man dann die Verbrecher freilasse, begehe man ja geradezu Selbstmord. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten.) Da der Reichstag Sitzungsperioden nicht mehr kenne, so würde die Immunität jahrelang nicht unterbrochen werden. Ihre Jubilierung würde also hier geradezu einen hohen auf die Staatsautorität bedeuten. Zum mindesten müsse die Immunität zeitlich begrenzt werden. Ich will ganz davon absehen, daß die Trennung zwischen politischen Delikten und gemeinen Verbrechen im Einzelfall sehr schwierig ist. Ich bestreite von vornherein nicht, daß der Hochverrat zu den rein politischen Delikten gehört. Bei Landesverrat ist es schon nicht unbedingt der Fall, weil dieser auch aus anderen politischen Delikten begangen werden kann. (Lärm bei den Kommunisten.) Aber schon der Geschäftsausschuss des vergangenen Reichstages hat zuletzt den Standpunkt eingenommen, bei Hochverrat trotz seiner zweifellosen Natur als politischen Delikt doch nicht in jedem Fall die Immunität zu gewähren, sondern erst nach ganz genauer Prüfung und Untersuchung des Einzelfalles.

Abg. Jehrenbach (3.):

Die beiden Fälle Urbahns und Kriebel haben zwar die Grundlage des Hochverrats gemeinsam, aber im Fall Kriebel handelt es sich um eine abgeurteilte Sache, nicht mehr um eine Gefahr der Verdunkelung, um Fluchtverdacht, um Kollisionsgefahr. Kriebel ist vom Volksgericht in München zu 5 Jahren Festung verurteilt, nach Verbüßung von 6 Monaten wurde ihm aber eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Es fällt mir nicht ein, zur Entschuldigend dieses Urteils Ihnen irgend etwas Besonderes zu sagen.

Ich habe mich noch nie nach der Richtung ausgezeichnet, daß ich Entscheidungen des Münchener Volksgerichts als lieb- und häßliche juristische Entscheidungen hätte ansehen können.

Aber die Tatsache steht fest, daß Kriebel eine Bewährungsfrist von 6 Monaten in Aussicht gestellt ist. Ich nehme an, daß sich der Herr in den sechs Monaten bewähren wird, von ihnen sind bereits zwei Monate herum. (Heiterkeit.) Also kann er sich noch vier Monate bewähren, und wir im Reichstag haben nicht nötig, die noch übrigen vier Monate im Wege der Immunität zu verläutern. Ich habe auch Verständnis dafür, wenn gesagt wird, der Fall Kriebel stehe in einem gewissen Zusammenhang mit dem Fall Urbahns. Hochverrat ist Hochverrat, gleichgültig, von welcher Seite er begangen wird. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Mit Rücksicht auf den inneren Zusammenhang habe ich gar nichts dagegen, wenn Sie (zu den Kommunisten) verlangen, daß zunächst über den Fall Urbahns abgestimmt wird und dann erst über Kriebel. Damit ist meine Fraktion einverstanden.

Abg. Fried (Ratsoz.):

Der Fall Kriebel liegt klar. In dem vorliegenden Urteil ist bestätigt, daß Kriebel

aus rein vaterländischen Motiven

handele. (Großer Lärm und Zurufe bei den Kommunisten.) Die Motive sind doch in erster Linie maßgebend. (Erneuter, anhaltender Lärm und Zurufe bei den Kommunisten, Stöße des Präsidenten.) Außerdem glaube Kriebel mit den Inhabern der vollziehenden Gewalt zusammenzugehen. (Lärm und Lachen bei den Kommunisten.) In München gab es überhaupt keinen Zusammenstoß mit der öffentlichen Gewalt bewußter Weise. (Lachen bei den Kommunisten, Zuruf: Sie haben wohl geschlafen?) Bei Kriebel hat es sich also nicht um eine ehrlose Bestimmung gehandelt, und ich sehe keinen Grund, weshalb man einen Patrioten nicht in den Reichstag lassen soll. Im Ausschuss waren wir objektiv genug, für die Entlassung der übrigen Kommunisten zu stimmen, wir können aber nicht für die Entlassung von Urbahns stimmen, weil dieser der Drahtzieher des blutigen kommunistischen Aufstandes in Hamburg ist. (Großer Lärm bei den Kommunisten und andauernde Zurufe, Stöße des Präsidenten. Der kommunistische Abgeordnete Hecker wird wegen eines Zurufs zur Ordnung gerufen.) Als die lärmenden Zurufe der Kommunisten fortbauern und die weiteren Worte des Redners in dem Lärm nahezu untergehen, bemerkt:

Präsident Wallraf: Ich habe den Damen und Herren von der kommunistischen Partei folgendes zu sagen: Es würde mir eine unangenehme Pflicht sein, Abgeordnete von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschließen. (Lachen bei den Kommunisten.) Meine Pflicht ist aber geboten durch meine weitere Pflicht, für eine würdige

Geschäftsfähigkeit des Reichstages zu sorgen. (Großer Lärm bei den Kommunisten, der Abg. Hecker wird zum zweitenmal zur Ordnung gerufen.)

Abg. Fried fährt fort: Ihr (zu den Kommunisten) Streben ist es ja, Deutschland unter Moskaus Zug zu bringen, unter

die rote jüdische Internationale.

(Großer Lärm bei den Kommunisten.) Die Rede des Abgeordneten Brodauf triefte nur so von demokratischer Objektivität.

Wir pfeifen auf diese Art von Objektivität, die weiter nichts ist als politische Knochenweidung.

Gegenüber dieser Art muß ich sagen: suprema lex salus publica! (Beifall bei den Nationalsozialisten, Lachen bei den Kommunisten.)

Abg. Dittmann (Soz.):

Wir haben im Ausschuss für die Haftentlassung auch des Oberstleutnants Kriebel gestimmt und sind in Konsequenz davon auch für diejenige des Kommunisten Urbahns eingetreten. Die Deutschvölkischen haben für die Haftentlassung Kriebels gestimmt, aber gegen diejenige von Urbahns, obwohl beide Fälle genau gleich gelagert sind. Schon im Ausschuss haben wir uns vorbehalten, unsere Stellungnahme im Plenum erst zu revidieren. Wir gebeten uns nicht von den Deutschvölkischen mißbrauchen zu lassen, damit sie Abgeordnete ihrer Parteifarbe freibekommen, dann aber verhindern, daß kommunistische Abgeordnete in gleichem Maße der Immunität teilhaftig werden. (Zuruf des Abg. v. Groese.) Die Erklärung des Abg. Fried war deutlich genug. Ich habe den Antrag eingebracht, daß zuerst über den Fall Urbahns, dann erst über den Fall Kriebel abgestimmt wird.

Präsident Wallraf teilt mit, daß über die Fälle Kriebel und Urbahns namentliche Abstimmung beantragt ist.

Abg. Kunze (Deutschsoz.):

In den beiden Fällen muß unbedingt gleiches Maß angelegt werden, denn in beiden Fällen handelt es sich um Hochverrat. Dieser ist allerdings seit dem 9. November 1918 nicht mehr ein besonderes Kapitalverbrechen, sondern nur noch ein relatives Verbrechen. (Heiterkeit.) Sie müssen also entweder beide verurteilen oder beide freisprechen. Man will doch in diesem Hause gerecht sein. Also gewähren Sie in beiden Fällen Immunität.

Abg. Frau Ruth Fischer (Komm.):

Der neue Reichstag singt ausgezeichnet an. Ich bin mit ihm außerordentlich zufrieden. Ich begrüße dieses

Parlament der Hampelmänner und der Kapplaffen, es ist das reine Affentheater.

(Großer Lärm; der Präsident ruft die Rednerin zur Ordnung.) Sehr verehrt Komödientheater! (Präsident erteilt einen zweiten Ordnungsruf und macht die Rednerin auf dessen geschäftsausschussmäßige Folgen aufmerksam.) Als politische Partei, im Namen von 3,7 Millionen deutschen Arbeitern, als Vertreter des ausschlaggebenden Teils des deutschen Volkes, legen wir den Herren von der Bourgeoisie unseren herzlichsten Dank für ihre schöne Offenheit dem Proletariat gegenüber. Nur so weiters lassen Sie uns einperren! Herr Kriebel wird so wie sie bald freikommen auf Grund von Bewährungsfrist. Bravo, bravo! Nur so weiter! (Erneute Heiterkeit.) 62 kommunistische Abgeordnete können Sie nicht brauchen, Sie wollen uns nach und nach alle entfernen.

Wir sind alle Hochverräter.

(Heiterer Beifall.) Denn wir bekämpfen die Diktatur des Kapitals. Die Herren Sozialdemokraten stimmen nur mit uns, weil sie wissen, daß die eigenen Arbeiter rebellieren gegen die Klassenjustiz. (Präsident Wallraf lächelt; Abgeordneter Schölem (Komm.) ruft ihm zu: Was grinsen Sie denn so doof?)

Abg. Cohnmann (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion, sie stehe grundsätzlich den Kommunisten anders gegenüber als die anderen Fraktionen, weil jene den jetzigen Staat beseitigen wollen. (Zurufe bei den Kommunisten: Das ist der deutsche Richter im Urtpf!) Der Redner wendet sich gegen den kommunistischen Vorwurf, er habe den Fall Urbahns falsch dargestellt. Urbahns sei nicht erst am letzten Tage des Putsches nach Hamburg gekommen.

Damit schließt die Aussprache.

Die Einstellung des Strafverfahrens und die Aufhebung der Untersuchungshaft gegen den kommunistischen Abg. Heydemann wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei beschlossen.

Die Abstimmung im Fall Urbahns ist namentlich. Für die Haftentlassung stimmen nur 149 Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschsozialen, dagegen die 222 Mitglieder der übrigen Fraktionen. Die Haftentlassung ist also entsprechend dem Antrag des Geschäftsausschusses abgelehnt. (Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Auch die Abstimmung im Fall Kriebel ist namentlich. Für die Entlassung stimmen 119 Deutschnationalen, dagegen die übrigen 229 Abgeordneten. Die Entlassung ist abgelehnt. (Ein Nationalsozialist ruft: Pfui! — Heiterkeit.)

Ueber die Haftentlassung des kommunistischen Abg. Lademann bleibt die Abstimmung zweifelhaft; es muß im Hämmeisprung entschieden werden. Die Ausschlußfrage ergibt die Annahme des Ausschussesantrages auf Haftentlassung mit 189 gegen 130 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei sowie einiger Demokraten.

Der Haftentlassungsantrag für die in Untersuchungshaft befindlichen kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlecht wird gegen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen, der gleiche Antrag für den kommunistischen Abg. Jadasch gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und die Deutsche Volkspartei angenommen, die Einstellung des Strafverfahrens gegen Jadasch jedoch gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Präsident Wallraf schlägt vor, die nächste Sitzung am Dienstag nachmittag 3 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Rest der Haftentlassungsanträge. Er erbittet zugleich das Recht, die Sitzung zu verschieben oder auf einen späteren Tag zu versetzen und, sobald die Regierung sich bereit erklärt, vor den Reichstag zu treten, auch die Regierungserklärung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Kommunisten beantragen, auch ihren allgemeinen Annesle Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dittmann (Soz.) lehnt das ab, mit der Begründung, die Parteien hätten sich im Geschäftsausschuss darüber geeinigt, diesen Antrag nicht vor der Regierungserklärung zu behandeln.

Abg. Süder (Komm.) bestreitet dies. Das Abkommen habe sich nur auf die heutige Sitzung bezogen. Es geht nicht um die paar Angeordneten, sondern auch um die Tausende, die sonst noch in den Organen schmachten. Der Antrag wird gegen die Kommunisten abgelehnt. (Pfuirufe b. d. Komm.) Bezüglich der Tagesordnung bleibt es bei dem Vorschlag des Präsidenten. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Der „nationale“ Mordversuch.

Das Urteil im Harden-Prozess.

Ein aus drei Berufsrichtern und sechs Geschworenen bestehendes Strafgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeld verhandelte am Montag gegen den ehemaligen Oberleutnant Antermann, der seinerzeit den Schriftsteller Maximilian Harden im Brunenwald meuchlerisch überfallen und mit einem Totschläger sehr schwer verletzt hatte. Als Anstifter dieser Schandtat sind vor längerer Zeit der Buchhändler und deutschvölkische Vertrauensmann Grenz und wegen Rittatäterschaft ein gewisser Weichardt zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, die sie noch verbüßen. Antermann war nach Wien geflüchtet, wo er sich bei den Nationalsozialisten „betätigte“. Deutschösterreich hat ihn ausgeliefert. Die Anklage wird vertreten vom Oberstaatsanwalt Dr. Schweiger und Erstem Staatsanwalt Krause. Grenz, Harden, der in der Verhandlung gegen Weichardt und Grenz als Nebenkläger aufgetreten war, hat diesmal auf die Nebenklage verzichtet. Er hat aus einem holländischen Badeort einen Brief an das Gericht geschrieben, in dem er mitteilt, daß er an dem Prozeß kein Interesse habe. Weichardt und Grenz seien damals viel zu gelinde bestraft worden, und seine, Hardens, Person sei gegen weitere Ueberfälle nicht genügend geschützt worden.

Vors. Ich stelle fest, daß Maximilian Harden nicht erschienen ist. Er hat aus Holland ein ärztliches Attest eingereicht, laut dem er dort in Behandlung ist und ohne Gesundheitschädigung die Reise nach Berlin nicht unternehmen könnte.

Veruche der Verteidiger Antermanns, den Brief als Beweis der „Hochverräterei“ wie als Beleidigung der deutschen Justiz auszuwerten und das Gericht zu einem Strafkenntnis gegen Harden zu veranlassen, schlugen fehl. Es folgt zunächst die Vernehmung des Angeklagten Antermann. Gegen diesen schwebt, wie der Vorsitzende feststellt, noch ein Strafverfahren wegen Betruges in drei Fällen vor dem Landgericht in Königsberg. Antermann gibt an: Ich bin zum zweiten Male verheiratet und habe drei Kinder. Dreimal bin ich wegen Betrugs mit Geldstrafen von 15 bis zu 1000 M. verurteilt worden. Ich wohnte zur Zeit der Verurteilungen bereits nicht mehr in Deutschland.

Oberstaatsanwalt Schweiger stellt fest, daß die Ehe des Angeklagten 1921 geschieden worden ist, in der er als allein-schuldiger Teil erklärt wurde. **Angekl.** Ich habe alle Schuld auf mich genommen. Der Angeklagte hat nachher wieder geheiratet. **Vors.** Weshalb haben Sie Ihre Wohnung so häufig gewechselt? **Angekl.** Immer war ich auf der Suche nach Arbeit. Im Oberburgischen hielt ich mich längere Zeit auf, weil ich im vaterländischen Sinne dort tätig gewesen bin. **Vors.** Wie ein toter Faden zieht sich durch Ihr Leben hindurch, daß Sie sich überall von Freunden, Kameraden, Bardamen, Pensionsinhaberinnen Geld geliehen und Geld erschwindelt haben. Nach den Akten liegen die Dinge nicht so harmlos, wie Sie es darstellen. Haben Sie einen Onkel in Sumatra? **Angekl.** Nein. **Vors.** Wie erklären Sie sich dann, daß Sie auf einem Regimentstag sich einen damals erheblichen Betrag erschwindelt haben, unter dem Angeben, Sie bekämen Geld von Ihrem Onkel aus Sumatra. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten eine Reihe Betrugsereien vor, die er besonders in Oldenburg verübt haben soll, so daß die Freunde aus der all-deutschen Bewegung mit ihm nichts weiter hätten zu tun haben wollen. Weiter wird dem Angeklagten vorgehalten, daß er in der Kasse der Jungmannen Unterschlagungen verübt habe. Der Angeklagte bestreitet das. Weiter erklärt er, er sei früher ein begeisterter Anhänger von Harden gewesen. Als aber Harden abschwankte und Pamphlete gegen Deutschland schrieb, habe er sich gesagt, daß ein Mann, der sein Vaterland in der finsternen Stunde verhöhnt und verleumdet, keine Ehre habe. Er sei ein Landesverräter. Aus dessen Ermüdungen sei der Ueberfall zustande gekommen. Grenz habe er

in Oldenburg im Stahlhelm kennen gelernt, bei einer Unterhaltung über Schändlinge habe Grenz ihn gefragt, ob er bereit sei, an einer großen Tat im Interesse des Vaterlandes mitzumachen. Selbstverständlich habe er ohne weiteres zugestimmt. Grenz habe ihm dann einen Brief gezeigt, der auf die Tat Bezug hatte. Von einem zweiten Brief habe er nur dem Inhalt nach erfahren. Es wurden darin zwei Beute für eine vaterländische Tat gesucht. Es handelte sich um die Erledigung einer Persönlichkeit, auf einem beigelegten Zettel stand mit Schreibmaschine geschrieben: „Maximilian Harden“. Es war uns

eine Anstellung im bayerischen Staatsdienst zugesagt worden und es lagen 24000 M. bei. Der Angeklagte behauptet aber, daß immer nur die Rede davon war, Harden zu verprügeln. **Vors.** Ist nicht gesagt worden, Harden solle „erledigt“ werden? **Angekl.** Auf den Ausdruck kam ich nicht zu besinnen. Von Tötung war bestimmt keine Rede. Wenn von Erledigen gesprochen sein sollte, so nur in dem Sinne, Harden aus der Reihe der Pamphletisten durch einen Denktzettel zu beseitigen. **Vors.** Es war aber damals die kritische Zeit, in der Rathenau ermordet wurde. Wenn man da von der Beseitigung eines politisch tätigen Mannes sprach, so kann man das auch anders auffassen. **Angekl.** Auf den Ausdruck besinne ich mich nicht. Ich habe nur gedacht, durch eine Tracht Prügel Harden Furcht einzujagen. **Vors.:**

Zür eine Tracht Prügel waren da so große Vorbereitungen nötig? **Angekl.** Jawohl. **Vors.** Wenn Sie Harden in irgendeinem Winkel Prügel gegeben hätten, dann könnte er doch gar nicht wissen, wofür es war? **Angekl.** Daran habe ich weiter nicht gedacht. Der Angeklagte schildert dann die Vorbereitungen zur Tat. Grenz habe ihnen vor der Abreise nach Berlin Verhaltungsmahregeln gegeben. Sie sollten nicht telegraphieren, keine Briefe schreiben und möglichst Autos benutzen. Sie hätten sich auch einen Treuschutz gegeben.

In der weiteren Verhandlung erklärte der Angeklagte Antermann auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß ihm Geld und Anstellung zugesichert worden war. Grenz habe ihm gesagt, daß selbstverständlich für ihn gesorgt werden würde.

Bevor er die Tat übernommen habe, habe er sich zur Bedingung gemacht, daß für ihn und seine Familie gesorgt werde.

Vors. Das ist nun wieder recht merkwürdig, daß Sie bloß für eine Tracht Prügel alle diese Vorkehrungen treffen.

In sehr ausführlicher Weise schildert dann der Angeklagte, wie sie mit den 25000 M. nach Berlin gefahren, dort wochenlang gelebt haben und immer wieder Geld gebraucht hätten. Grenz habe mehrmals geschrieben, daß er nichts mehr schicken könne und schließlich verlangt, daß

sie endlich die Tat ausführen, dann werde wieder Geld da sein. Wir haben allerdings auch gut gelebt, denn wir wußten ja nicht, was morgen ist, und da haben wir das heute ausgenußt.

So mußten wir viel Schulden machen und schrieben an Grenz. Grenz kam dann auch nach Berlin und sicherte zu, Geld anzuschaffen. Nach drei Tagen kehrte er zurück und sagte, er hätte nichts bekommen, wir müßten für uns selbst sorgen.

Vors. Hat er nicht von den Hintermännern gesprochen? **Angekl.** Nein, ich wußte nur, daß sie in München sind. **Vors.** Und aus welchen Kreisen stammen diese Beute? **Angekl.** Ich nahm an, daß es einflußreiche Persönlichkeiten seien, denn gleich anfangs hatte er gesagt, es seien Männer, die uns nicht im Stiche lassen würden.

Der Angeklagte gibt dann genaue Auskunft über die bekannten Umstände, wie sie erkundet hatten, daß Harden jeden Montag nachmittags einen Besuch in der Restoratraße mache und nach mehreren Stunden wieder nach seiner Villa zurückkomme. Als am Montag, den 3. Juni, Harden seine Villa wieder verließ, sind sie ihm ebenfalls, wie an den Montagen vorher, auf dem Hin- und Rückweg gefolgt und kurz vor der Villa Horchens erfolgte am Dachberg der Ueberfall. Der Angeklagte gibt an, daß er gemerkt habe, daß Weichardt nicht ganz fest bei der Sache sei und habe zur Beruhigung zu ihm gesagt, er wolle es allein machen. Weichardt solle vorausgehen und feststellen, ob die Luft rein sei. Durch Rufen solle das verabredete Zeichen geben. Als Weichardt mit das Zeichen gab, lief ich auf Harden zu. Mich schloß dabei eine maßlose Wut, indem ich an seine Schreiereien dachte und gab ihm mit dem Ding (Totschläger) einen Schlag über den Schädel, der wohl heftig gewesen ist. Harden taumelte gegen einen Baum und schrie: „Schüsse, Mörder!“ Ich rief ihm zu: „Halten Sie den Mund!“ und gab ihm noch mehrere Schläge. Weichardt stand mit den Händen in den Hosentaschen dabei. Ich lief an ihm vorbei und er küdete dann auch. Ich bin dann planlos in Berlin umhergeirrt und dann über Bayern nach Wien gefahren, wo ich als „Achim von der Horst“ festgenommen wurde.

Nach der Tat ist in der gemeinsamen Wohnung Antermanns und Weichardts ein Brief des ersteren gefunden worden, der für Grenz bestimmt war, aber nicht mehr zur Abfertigung kommen konnte, weil Antermann sich nicht mehr in die Wohnung zurücktraute. Der Brief lautete:

„Geschäftsabschluss gegült.“

Alles zur Aufrechterhaltung der Geschäftsverbindungen zu unternehmen und baldigste Anstellung von uns beiden bei B. B. Firma zu veranlassen.“

Angekl. Wir hatten ausgemacht, daß wir unseren Briefwechsel in der Kaufmannssprache halten wollten. Oberstaatsanwalt Schweiger: Der Angeklagte befindet immer seine glühende Vaterlandsliebe. Ist ihm nie der Gedanke gekommen, daß

er dem Vaterlande besser gebietet hätte, wenn er gearbeitet hätte, anstatt in Bars herumzubummeln und anderen Leuten das Geld abzunehmen.

Angekl. Ich habe mich jahrelang um Arbeit bemüht. Einen ehemaligen Offizier konnte niemand gebrauchen. Aus Stellungen, in denen ich war, bin ich immer gleich entlassen worden.

Es wird dann aus der Strafkasse der als Zeuge geladene Albert Grenz vorgeführt, der sich im Gefängnis einen langen, blonden Vollbart hat wachsen lassen. Der Zeuge gibt teils aus eigenen Darstellungen, teils auf Fragen folgendes an:

Die Tat wurde eingeleitet durch einen Brief, den er im März 1922 aus München erhalten hatte. Von welcher Stelle der Brief kam, wußte er nicht. Es wurden darin zwei junge, tatkräftige Männer verlangt, die im vaterländischen Interesse alles zu tun bereit wären. Der Brief trug keine Unterschrift, sondern nur einen Stern. Er habe der Postlagerstelle München Mitteilung gemacht, daß er zwei geeignete Leute hätte und hat darauf Weisung bekommen, sich unverzüglich in Frankfurt a. M. einzustellen und hauptpostlagernd weitere Informationen entgegen zu nehmen. In Frankfurt habe er einen Brief vorgefunden, in dem auf einem Schreibmaschinenzettel der Name „Maximilian Harden“ stand. In dem Begleitbrief, dem 25 000 Mark beilag, hieß es, es handele sich um Erledigung der betreffenden Persönlichkeit.

Vors. Was verstanden Sie unter dem Auftrag, Harden zu erledigen?

Zeuge: Ich habe alles Antermann überlassen. Ich habe mich nur noch geistig mit der Sache beschäftigt.

Vors. Sind Sie nicht nachher noch in Berlin und München gewesen?

Zeuge: Ja. Antermann drängte wegen Geld und verlangte persönliche Rücksprache.

Vors. Was haben Sie denn in München getan? Wußten Sie denn, wo Sie die Beute auffinden würden, die Ihnen den Auftrag gegeben hatten?

Zeuge Grenz: Ich bin nur hingefahren, weil ich Antermann nicht mißtrauisch machen wollte, und dann

wollte ich mir gleichzeitig die Alpen ansehen.

Als ich zurückkam, gab ich Antermann aus eigenen Mitteln 1100 M. Am Montagabend war die Sache passiert und am Dienstagfrüh wurde ich schon durch eine Hausung überrascht. Eine halbe Stunde später traf ein Telegramm ein: „Das Geschäft ist abgeschlossen, Brief folgt, Herbert.“

Vors. Haben Sie niemals davon gesprochen, daß Harden getötet werden sollte?

Zeuge: Nein.

Vors.: Das stimmt aber nicht mit Ihren früheren Angaben vor dem Untersuchungsrichter überein.

Da haben Sie gesagt: „Als Antermann erfuhr, daß es sich um die Tötung von Harden handelte, trat er nicht zurück.“

Zeuge: Von Tötung habe ich nicht zu ihm gesprochen. Es ist möglich, daß ich beim Untersuchungsrichter unter der ganzen Wucht der Vernehmung meine Gedanken mit angegeben habe.

H. A. Bloch: Ist Antermann etwa des Geldes wegen auf den Plan eingegangen?

Zeuge: Durchaus nicht, nur aus vaterländischem Empfinden.

— Der Zeuge Grenz bleibt unverdächtig, ebenso der dann vernommene Bandwirtschafsinспектор Herbert Weichardt, der seine Strafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis augenblicklich in Tegel verbüßt. Er hat Grenz im Stahlhelmbund kennengelernt.

Vors.: Wußten Sie, woher der Auftrag kam? Welches die Quelle des Geldes war?

Zeuge: Nein.

Vors.: Haben Sie auch nicht gewußt, welche Kreise in Frage kommen?

Zeuge: Ich kannte Grenz als einen nationalen Mann und nahm an, daß die Auftraggeber auch nationale Kreise seien.

Vors.: Unter Erledigung versteht man doch Tötung.

Zeuge: Ich habe mit Antermann darüber gesprochen, wir wollten Harden für seine Taten einen Denktzettel geben. Auf Befragen der Verteidiger erklärt er, er habe angenommen, daß Antermann aus idealen Gründen gehandelt habe.

Vors.: Dies stimmt doch nicht mit Ihrem lockeren Leben in Berlin überein.

Nachdem noch die Kassiererinnen einer Bar vernommen worden waren, stellte vor Schluß der Beweisaufnahme H. A. Dr. Bindar den Antrag, die Verhandlung zu verlagern. Um die Sinnart des Angeklagten kennen zu lernen, müsse man über die Person des Herrn Harden dem Gericht Auskunft geben. — Das Gericht kommt nach kurzer Beratung zur Ablehnung der Anträge. Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Oberstaatsanwalt Schweiger nahm dann das Wort zur Vertretung der Anklage: „Ueber das erste Urteil ist viel kritisiert, geschrieben und debattiert worden. Die Geschworenen müssen alles aus dem Spiel lassen, was hier nicht Gegenstand der Verhandlung war. Ebenso müssen sie sich bei ihrem Urteil von Sympathie und Antipathie für den Schriftsteller Maximilian Harden fern halten. Die Tat fällt in eine politisch erregte Zeit. Nach dem Erzberger-Mord, nach dem Attentat auf Scheibemann, erfolgte die Ermordung Rathenaus und zehn Tage später kam dieser Ueberfall. Die Verteidigung des Angeklagten gibt in der Behauptung, daß er Harden nicht habe töten wollen, sondern ihm nur eine Tracht Prügel geben wollen.

— Niemand wird das glauben.

Man berücksichtigt die raffinierte Art der Vorbereitungen. Die Tatsache, daß die Briefe unter Deckadressen gingen, daß eine eilbige Verpfändung stattfand, daß große Summen aufgewendet wurden und man sich zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich um die Tötung handelte. Dazu kommt die Schwere der Verletzungen. Wenn will der Angeklagte Glauben machen, daß dieser ungeheure Apparat aufgezogen wurde für eine Tracht Prügel. Aus der ganzen Vorbereitung geht hervor, daß die Tat mit Vorsatz und Ueberlegung, also in Mordabsicht, begangen ist. Beim Strafmaß wird man sich vergeblich nach mildernden Umständen umbliden.

Es ist ein niederträchtiger, gemeiner Mordmord geplant worden. Der Täter ist eine Person, der es mehr oder weniger auf die Belohnung ankam. Für ihn war der Mord eine reine Geschäftssache. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß das Opfer mit dem Leben davonkam.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Walter Antermann zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Die Verteidiger beantragten, nur Körperverletzung anzunehmen und mildernde Umstände zuzubilligen.

Das Urteil.

6 Jahre Zuchthaus wegen versuchten Mordes.

Nach fast zweitägiger Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Dransfeld folgendes Urteil: Das Schwurgericht hat als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte Walter Antermann den Vorfall geübt hat, Maximilian Harden zu erledigen. Der Vorfall zu töten, geht aus der ganzen Art der Vorbereitungen hervor. Das Gericht nimmt aber auch an, daß der Angeklagte im Moment der Tat den Vorfall hatte, Harden beiseite zu schaffen. Dafür spricht die Art, wie er auf ihn von hinten mit dem Totschläger ein-geschlagen habe. Noch weniger hat das Gericht Grund, seine Ueberlegung anzunehmen. Auch dafür spricht die ganze Art der Ausführung und Vorbereitung. Der Angeklagte Walter Antermann war daher wegen versuchten Mordes zu bestrafen. Bei Bemessung der Strafe ist zugunsten des Angeklagten im wesentlichen sein Geständnis und der Umstand, daß er im Kriege seine Schuldigkeit getan hat, zu berücksichtigen gewesen. Der Angeklagte ist das Opfer der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geworden. Strafschwerer ist aber die Art des Verbrechens. Die politische Atmosphäre muß gereinigt werden, damit Dolch und Mordwerkzeuge aufgehoben, politische Kampfmittel zu sein. Des Rottos mußte auch zugunsten des Angeklagten sprechen. In der Hauptsache war für ihn maßgebend, Geld für weitere Lebensführung zu bekommen, so daß er im gewissen Sinne auch aus ehrlosen Motiven gehandelt hat.

Das Gericht hat den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte hat das Gericht Abstand genommen, um dem Angeklagten die Rückkehr ins bürgerliche Leben nicht zu erschweren.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung: Abteilungsleiter: 7. Juni Bezirksstellen in Brandenburg a. d. H. Einweihung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.

Abteilung: Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft! Die Arbeitsgemeinschaft findet diesen Mittwoch nicht mehr in der Lindenstraße, sondern im Rinderhof, Blumenstr. 77. Dort trifft, hat. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da das Haus um 8 Uhr geschlossen wird.

Heute, Dienstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr:

Abteilungsmitgliederversammlungen:

Abteilung: Hofst. von Kollat. Hauptstr. 2. — Grünbrunn II: Schulstr. 4. — Siedlung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.

Abteilung: Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft! Die Arbeitsgemeinschaft findet diesen Mittwoch nicht mehr in der Lindenstraße, sondern im Rinderhof, Blumenstr. 77. Dort trifft, hat. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da das Haus um 8 Uhr geschlossen wird.

Abteilung: Hofst. von Kollat. Hauptstr. 2. — Grünbrunn II: Schulstr. 4. — Siedlung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.

Abteilung: Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft! Die Arbeitsgemeinschaft findet diesen Mittwoch nicht mehr in der Lindenstraße, sondern im Rinderhof, Blumenstr. 77. Dort trifft, hat. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da das Haus um 8 Uhr geschlossen wird.

Abteilung: Hofst. von Kollat. Hauptstr. 2. — Grünbrunn II: Schulstr. 4. — Siedlung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.

Abteilung: Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft! Die Arbeitsgemeinschaft findet diesen Mittwoch nicht mehr in der Lindenstraße, sondern im Rinderhof, Blumenstr. 77. Dort trifft, hat. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da das Haus um 8 Uhr geschlossen wird.


Abteilung: Hofst. von Kollat. Hauptstr. 2. — Grünbrunn II: Schulstr. 4. — Siedlung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.

Abteilung: Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft! Die Arbeitsgemeinschaft findet diesen Mittwoch nicht mehr in der Lindenstraße, sondern im Rinderhof, Blumenstr. 77. Dort trifft, hat. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich, da das Haus um 8 Uhr geschlossen wird.

Abteilung: Hofst. von Kollat. Hauptstr. 2. — Grünbrunn II: Schulstr. 4. — Siedlung des Bandheims. Die Anmelbungen müssen nunmehr endgültig bis frühestens Mittwoch, den 3. Juni, im Jugendsekretariat abgegeben sein.

Für den Samstagsabend am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendbarnosen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres steht Ausschreiben Nr. 5 und 6.



Das ist selbstverständlich!

für eine wahrhaft gute Zigarette können nur morgenländische Tabake verwendet werden.

Kleine Massary

Wirtschaft

Die Rentenmarkkredite der Landwirtschaft.

Die Klagen der Landwirtschaft über ihre angebliche Benachteiligung bei Krediten wollen nicht enden. Anlässlich einer parlamentarischen Anfrage hat der preussische Landwirtschaftsminister über die Kreditgewährung an die Landwirtschaft folgende Mitteilungen gemacht:

Nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums betrug am 7. April dieses Jahres die Summe der an die Landwirtschaft und ihre Gewerke gewährten Kredite zirka 645 Millionen Rentenmark. Hierzu kommen die Kredite, welche Handel und Industrie durch Diskontierung von Landwirtschaftswchseln erhalten haben und die etwa 200 Millionen Rentenmark betragen, so daß die Landwirtschaft insgesamt mit zirka 845 Millionen Rentenmark an den Rentenmarkkrediten der Reichsbank beteiligt ist. Unter den Kreditempfängern steht die Preussische Zentralgenossenschaftskasse mit einem Betrage von zurzeit insgesamt 370 Millionen Rentenmark an der Spitze. Im übrigen verteilen sich die Kredite auf viele tausend Einzel Schuldner. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erhielt seine Kredite hauptsächlich durch Vermittlung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse aus dem dieser bewilligten Kontingent; daneben genießen zahlreiche Genossenschaften im Reich noch einen direkten Diskontkredit bei ihrer örtlichen Reichsbankanstalt; die Summe der von ihnen dort in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Kredite betrug am 7. April zirka 45 Millionen Rentenmark. Diese Kreditsumme umfaßt alle ihr eingeräumten, verschiedenen Zwecken dienenden Einzelkredite. Für nicht landwirtschaftliche Kreditbedürfnisse sollen von ihr dem Vernehmen nach 30 bis 40 Millionen Rentenmark angewendet worden sein, die zutreffendfalls von der obigen Gesamtsumme von 845 Millionen abgezogen sein würden.

Als landwirtschaftliche Gewerbe sind gerechnet in erster Linie die Zuckerraffination, daneben sind mit geringeren Beiträgen beteiligt landwirtschaftliche Brennereien, Molkereien usw.; insgesamt entfällt von der obigen Summe auf die landwirtschaftlichen Gewerbe ein Betrag von zirka 80 Millionen Rentenmark.

Der hiervon auf Ostpreußen entfallende Anteil ist teils durch die ostpreussischen Reichsbankanstalten, teils durch Vermittlung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse auf dem Wege über die genossenschaftlichen ländlichen Zentralstellen der ostpreussischen Landwirtschaft zugeflossen. — Zur Durchführung der Frühjahrskreditverteilung ist der Landwirtschaft Ostpreußens ein Sonderkredit von 8 Millionen Mark eingeräumt worden, der den Landwirten durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die ostpreussische Landwirtschaft zugeführt worden ist.

Lederwirtschaft und Lederrente.

Die vom Reichswirtschaftsministerium angeordnete Lederrente scheint nicht recht vorwärts kommen zu wollen; dagegen bemühen sich die verschiedenen Zweige der Lederwirtschaft, der Öffentlichkeit ihren Großverdienerstandpunkt plausibel zu machen. Für den Außenstehenden ist es natürlich nicht so leicht, das rein wirtschaftliche von dem in den Vordergrund geschobenen Interessenstandpunkt zu unterscheiden. Wie groß die Gegenläufigkeit ist, zeigt der Umstand, daß der Hauptverband des Häutehandels an das Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe gerichtet hat, die Ausfuhr von rohen Häuten nach dem Auslande zu gestatten, da die Preise auf dem Inlandsmarkt unter das Weltmarktniveau gesunken seien. Dabei steht fest, daß die Rohhäutepreise noch bis vor einigen Wochen über den Weltmarktpreis lagen; zu Anfang des Jahres 1924 noch bis zu 30 Proz. Wetter ist erwiesen, daß auf den Häutequotitionen der letzten Wochen große Lose von Häuten vom Verkauf zurückgezogen wurden, weil die gebotenen Preise den Quotitionen zu niedrig waren. Die deutsche Lederindustrie braucht oder für ihr Qualitätsbedürfnis die hochwertige deutsche Haut. Wenn man nun die Ausfuhr von deutschen Häuten freigeht, verschärft man den Mangel an Rohwaren im Inlande und entzieht der deutschen Lederindustrie ein hochwertiges Rohprodukt zugunsten des Auslandes. Bis vor kurzem mußte sich die deutsche Lederindustrie ihre zum Einkauf von Rohwaren im Auslande benötigten Devisen freihändig beschaffen. Die erhöhten Unkosten werden natürlich auf das Endprodukt, das Leder, aufgeschlagen. Die Arbeiter sind bei allen diesen Dingen immer

die Doppelt Betroffenen, denn teure Rohhäute bedingen teures Leder, teures Leder teure Schuhe und Lederwaren, der Export stößt durch die hohen Preise und Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auf die Folgen für den Arbeiter. Auf der anderen Seite muß der Arbeiter bei Deckung seines Bedarfs die teuren Schuh- und Lederwarenpreise bezahlen. Die hohen Preise für Rohhäute und Leder wirken aber indirekt auch auf die Löhne der Gerber, Schuhmacher, Sattler und Portefeuliers ein. Jeder Pfennig Lohnerhöhung, den die Arbeiter der Lederindustrie fordern, wird von den Unternehmern mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Produktionskosten zu hoch sind und der Absatz des Fertigproduktes gefährdet würde. Damit ist der bekannte Kreis hergestellt. Teure Rohprodukte, teures Fertigprodukt, vermindertes Absatz und Export, niedrige Löhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Er wirkt besonders auf den lebenswichtigen Export ein. Im März 1924 betrug die Ausfuhr von Schuhwerk (einschließlich Pantoffeln und Hausschuhen) 380 053 Paar. Sie war also um 43 574 Paar geringer als im Januar und um 106 300 Paar geringer als im Februar 1924. Die Schuhwarenausfuhr nach Großbritannien betrug im März nur 27 281 Paar, gegen 79 270 Paar im Februar, nach Dänemark im März 40 711 Paar, gegen 80 696, nach Holland 4290 gegen 21 054 und nach Norwegen 35 873 gegen 94 052 Paar im Februar. Auch die Lederausfuhr verringerte sich von 7514 Doppelzentner im Februar auf 5802 Doppelzentner im März. Diese starke Verminderung des Exportes an Schuhwaren kann nicht nur auf Schwierigkeiten drückender Natur in den einzelnen Ländern beruhen, sondern es kommen gerade die hohen Rohhäutepreise zur Auswirkung. Von einer Freigabe der Ausfuhr von rohen Häuten und Fellen dürfte also keine Rede sein. Sie freizugeben hieße den Teufel durch Besenbesen austreiben. Sie ist auch deshalb unmöglich, weil die umliegenden Länder die Freizügigkeit der rohen Häute und Felle noch nicht eingeführt haben. Frankreich hat allerdings jetzt die 10prozentige Ausfuhrabgabe bei rohen Häuten und Fellen, sowie bei Rauchwaren aufgehoben, aber das Ausfuhrverbot als solches bleibt bestehen. Das einfachste Mittel, die Rohhäutepreise zu senken, ist eine starke Einfuhr von Rohhäuten. Hierzu fehlen aber die notwendigen Devisen. Durch unvernünftige Hochschaukelung der Rohhäutepreise wird der Export an Leder, Schuhen und Lederwaren lähmgelegt oder mindestens stark eingesengt und so gehen noch weniger Devisen ein, um Rohhäute im Auslande

kaufen zu können. Es ist also unbedingt notwendig, die Preise für Rohhäute und Felle, sowie für Lohrinde auf der Höhe zu halten, trotz der Wettbewerb der Verarbeiter mit dem Auslande wieder möglich wird. Weiter empfiehlt sich vor allen Dingen eine radikale Reform der Häutequotitionen. Bis jetzt waren diese nur ein Instrument, die Preise zu treiben. Den Großverdienern fehlt nur noch die Freigabe des Häuteexports, und das Deutsche Volk bekäme Lederpreise diktiert, bei denen es ihm grün und blau vor den Augen würde. Dann steigen die Preise auf den von den Interessenten gewünschten Stand und die große Masse der Bevölkerung muß zahlen oder barfuß laufen. Die Gerber, Schuhmacher und Portefeuliers aber können an den Hungerpfoten laugen, weil der Export an Leder, Schuhen und Lederwaren zugunsten des Profiten der Wegner und Händler stößt und Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vorherrscht. Im Interesse der Konsumenten und der Arbeiter als Produzenten muß der Wucher mit rohen Häuten und Fellen sowie Gerbstoffen nach Möglichkeit unterbunden werden. Die Ausfuhr in der Lederindustrie sind eine Mahnung, die Lederrente zu beschleunigen.

Die Krise in der Textilindustrie. Während im allgemeinen in der Provinz Brandenburg die Wirkung der Stabilisierungskrise auf dem Arbeitsmarkt noch ziemlich gering war, scheint sich — dem Bericht des Brandenburgischen Landesarbeitsamts zufolge — verhältnismäßig am meisten die Krise in der Textilindustrie bemerkbar zu machen. Aus dieser sind ebenfalls neben umfangreichen Arbeitszeitverkürzungen auch schon erhebliche Räumigungen seitens etwas größerer Betriebe berichtet, so aus Spremberg, Forst und Guben, wo die Arbeitslosigkeit, wenn auch zunächst nur unbedeutend, anfängt wieder zuzunehmen.

Der Zuckermarkt. Die Zuckerverpreise werden von den amerikanischen Zuckerkönigen diktiert. Ihre Spekulation auf Preissteigerung ist einseitig mißglückt; die Zuckerverpreise gingen in der letzten Zeit zurück. Die Gründe dafür sind, daß in Europa wieder größere Mengen Rübenzucker, besonders in Deutschland und der Tschechoslowakei zur Verfügung stehen, wie überhaupt der im letzten Jahrzehnt stark zurückgegangene Anteil der Rübenzuckerzeugung gegenüber dem Rohzucker sich wieder zu heben beginnt. Auf der anderen Seite sind die Ernteschätzungen aus Kuba, das ein Drittel der Rohzuckerzeugung der Welt liefert (4 bis 4 1/2 Millionen Tonnen pro Jahr), günstiger, als erwartet wurde. Die Konsumfähigkeit der Völker ist dagegen infolge der allgemeinen Verarmung geringer; so verbraucht Deutschland gegenwärtig um ein Drittel bis einhalbes weniger als vor einem Jahre. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo sich im übrigen der Zuckerverbrauch dank des Wohlstandes und des Alkoholverbotes erhöhte, ist ein Rückgang des Verbrauchs zu verzeichnen. In England wurde im neuen Budget die Zuckersteuer wesentlich ermäßigt, was einstweilen aber noch nicht zu stärkeren Ankäufen aus Amerika führte, da noch Vorräte genug vorhanden sind. Der Preisrückgang des Zuckers ist um so wünschenswerter, als die Weltmarktpreise des Zuckers beinahe auf dem Doppelten des Vorkriegsstandes stehen. Die Zuckerkönige trösten sich trotzdem mit der Hoffnung einer Verknappung der Vorräte in einigen Monaten, wo sie dann die Preise wieder erhöhen können.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	15,00—16,50	Malzkekse, gepackt	22,00—24,00
Gerstengrüte, lose	15,00—15,75	Röstgetreide, lose	16,50—18,00
Halterlocken, lose	14,50—15,25	Kakao, fettarm	100,00—115,00
Haltergrüte, lose	15,50—16,25	Kakao, leicht entölt	115,00—130,00
Roggenmehl 0/1	11,00—12,50	Tea, Souchon, gepackt	350,00—400,00
Weizenmehl	16,75—18,00	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartgeröl	21,50—25,25	Inlandzucker basis mel	35,00—37,50
Malzgeröl	—	Inlandzucker Raffinade	38,00—40,50
70% Weizenmehl	13,00—14,50	Zucker Würfel	43,00—45,00
Weizen-Auszugmehl	15,00—17,00	Kunsthonig	28,00—32,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,50—21,00	Zuckertrübe hell in Elm	40,00—45,00
Speiseerbsen, kleine	18,75—21,25	Speiseerbsen dunkl. in Elm	36,50—38,50
Bohnen, weiße, 1ert	20,50—24,00	Marmelade Einfr. Erdb.	95,00—110,00
Langbohnen, handverles.	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht	35,00—42,50
Linsen, kleine	21,00—23,50	Pflaumenmus in Eimern	35,00—42,00
Linsen, mittel	20,00—22,50	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Linsen, große	20,00—22,50	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Kartoffelmehl	18,75—21,00	Bratenschmalz in Tierces	62,50—63,50
Makkaroni	37,00—43,00	Bratenschmalz in Kubein	64,50—65,50
Makkaronimehl	34,00—39,00	Purelard in Tierces	61,50—62,50
Schnittmehl, lose	17,00—19,00	Purelard in Kisten	61,50—63,00
Bruchreis	14,25—16,00	Speisetaig in Packung	50,00—52,00
Rangoon Reis	18,25—19,00	Speisetaig in Kubein	48,00—50,00
Tafelreis, glasiert, Patna	23,50—31,00	Margarine, Handelsm. I	58,00
Tafelreis, Java	30,00—36,00	desgl. II	52,00—55,00
Ringäpfel, amerik.	82,00—86,00	Margarine, Spezialm. I	76,00
Geir. Pflaumen 90/100	42,00—45,00	desgl. II	61,00—65,00
Pflaumen, entsteint	50,00—55,00	Margarine III	46,50—49,00
Cal. Pflaumen 40/50	65,00—72,00	Molkereibutter I. Fassern	174,00—182,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—82,00	Molkereibutter in Pack.	180,00—188,00
Sultaninen Carabona	72,00—90,00	Landbutter	140,00—145,00
Korinthen, choise	72,00—78,00	Auslandbutter in Fassern	170,00—185,00
Mandeln, süße Bari	145,00—155,00	Auslandbutter in Pack.	185,00—190,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	33,00—36,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Speck, gesalzen, fett	62,00—72,00
Kümmel, holländischer	115,00—120,00	Quadratkäse	22,00—35,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	95,00—105,00	Quarkkäse	38,00—50,00
Weißer Pfeffer	125,00—130,00	Tilsiter Käse, vollfett	105,00—115,00
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	Aust. ungezuck. Condensmilch 6/16	20,75—23,50
Rohkaffee Zentralamerika	220,00—265,00	Inländische desgl. 4 1/2	17,00—18,00
Röstkaffee Brasil	230,00—280,00	Inl. gez. Condensm. 4 1/2	20,00—27,00
Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

RIQUET
Mammut-Kakao
DER FETTREICHE

Ladenpreise:
500 g Dose extra
(etwa 27% Fett) M 2.80
500 g Paket fein
(etwa 25% Fett) M 2.00

Einzig ist Riquet Mammut-Kakao, einzig wie seit 1745 die Tee-Marke: RIQUET.

Für wenig Geld eine reine orientalische Zigarette zeugt für die Leistungsfähigkeit unseres Fabrikats!

Verlangen Sie bei Ihrem Zigarrenhändler

Ruso-Zigaretten

zu 2 Pf., 2 1/2 Pf. und 3 Pf.
und Sie rauchen nur noch

„RUSO“

Zigaretten- u. Tabakfabrik „Ruso“ Rund & Sohn z. H.
Berlin SW 19, Rosstraße 6.

Kaufhaus
„ANDERS“
am Bahnhof Wedding
Reinickendorfer Str. 16

Auf Teilzahlung

Herren-Paletots schick und modern

Damen-Garderoben
Kostüme, Röcke, Blusen, Mäntel.

Burschen - Anzüge
gute Ware, solide Preise, große Auswahl.

Rieses Möbel Auswahl
u. Polsterwaren eigene Fabrik
Kredithaus „Anders“
Größtes Haus direkt am Teilzahlungsplatz
16 Reinickendorfer Straße 16

Pank, Gerichtstraße - Ecke, Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Mietung frei Haus Groß-Berlin.

DER
NEUE FRAUENWELT-ROMAN
BEGINNT

VERSÄUMT IHN NICHT

Warti Anders Hess
hält ab Heft 8 (7. Juni) alle Leserinnen der

Frauenwelt

mit seinem „Lotterieschweden“
in Spannung

BESTELLSCHEIN

An _____
Ich bestelle die Frauenwelt

Name _____ Straße _____
Dem Zeitungsboten mitzugeben

Äußerst günstiges Pfingst-Angebot!

Garderoben auf Teilzahlung

HERREN **DAMEN**

Anzüge in allen Stoffarten, Cutaways, Mäntel, Paletots, Hosen, Knaben-Anzüge, Regen-Mäntel.

Kleider in Seide, Gabardine, Rips, Frotté, Volle (in weiß u. farbig), Mäntel, Kostüme, Röcke, Blusen, Strickjacken, Strickwesten, Jumper, Regenmäntel.

Große Auswahl — Sehr billige Preise — Anerkannt gute Qualitäten

Durch kleinste Anzahlung und geringe Abzahlung
ist jedermann Gelegenheit geboten, seinen Einkauf bei uns bequem zu decken. — Ein Besuch unseres reichhaltigen Lagers dürfte Sie von der Leistungsfähigkeit, Billigkeit und Kulanz unserer Firma überzeugen.

GEBR. KASSNER

Bülowstraße 6
am Nollendorfplatz

Der gute Kapitän-Kaufhaus

in den meisten Zigarren-
geschäften erhältlich

C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kopt. 3961

Zurück
Prof. V. Liepmann
Pasanenstraße 41

Achtung, Straßenhändler!
Billige Schokoladen — Süßwaren — Großes
Brot — Brotbackmittel — Einlauf — etc.
OTTO WERNICKE
Cahleberg, Rainier Straße 10

Billige Parzellen
20 Min. ab Berlin, Stadtbahn, auch an
regul. Straße, etc. etc. In der Umgegend
unter 1000 bis 10000 Mark
Kochholz, Leipziger Str. 65

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1
1. u. 2. Stock

